

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatzkonto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, ferner „Frauenstimme“, „Tatzeit“, „Bild in die Bäderwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
27. August 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Konporellente 80 Pf. Restmenge 1.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pf. gültig zwei fertige Worte, jedes weitere Wort 12 Pf. Robert H. Lenz, Stellengründer des ersten Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeiterzeitung 40 Pf. Familienanzeigen 25 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro, Berlin, Lindenstr. 3, von 10 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hrnspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disz.-Gef., Depositionsk., Jerusalemstr. 65/66.

Berlin wird erdroffelt.

Maßnahmen der Not. — Wo liegt die Verantwortung?

Der Magistrat der Reichshauptstadt hat schwerwiegende Beschlüsse gefaßt, über die wir an anderer Stelle Einzelheiten geben. Einschränkungen der kommunalen Arbeit werden in einem Ausmaße erfolgen, daß selbst Besimisten eine derartige rückläufige Bewegung nicht erwartet hätten. Die Gebiete des größten Personal- und Sachauswands sind am stärksten betroffen. Die Bauwirtschaft — Hoch- und Tiefbau — wird durch diese Einschränkungen fast vollständig lahm gelegt, denn seit Jahren ist die Stadt der größte Auftraggeber. Neubauten, die im Etat vorgesehen waren, unterbleiben, notwendige Reparaturen werden nicht ausgeführt. Schwere Schäden am Sachvermögen der Stadt sind unvermeidlich.

In den Schulen muß die Verwaltung das bisherige fortschrittliche System des nach dem Einkommen gestaffelten Schulgeldes verlassen und zu dem staatlichen Prinzip der Freistellen übergehen. Zahlreiche Sonderkurse, Arbeitsgemeinschaften, Spielnachmittage werden fortfallen, Junglehrer in den Volksschulen, Assistenten in den höheren Lehranstalten, nicht-angestellte Kräfte an den Berufsschulen werden entlassen und dadurch — von dem furchtbaren persönlichen Schicksal der Betroffenen ganz abgesehen — die jüngsten und arbeitsfähigsten Kräfte den Schulen geraubt.

In der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden einschneidende Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der ergänzenden Fürsorge durchgeführt, das Lebensniveau der Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen weiter empfindlich herabgemindert. Lohnsenkung der Gemeindegewerkschaften, Gehaltskürzung der Beamten ergänzen und vervollständigen dieses Programm.

Vor der Gefahr stehend, daß in kürzester Frist in den städtischen Kassen weder Geld für die Gehalts- und Lohnempänger, noch irgendwelche Mittel für die Erwerbslosen sein würde, mußte der Magistrat Beschlüsse fassen, die die Kassenbereitschaft der Stadt zu erleichtern geeignet sind.

Es geht in Berlin wie in allen anderen Städten.

Überall werden ähnliche Sparmaßnahmen und Abbaumaßnahmen eingeleitet und durchgeführt, überall stehen die Magistrate unter der unheimlichen Diktatur der leeren Kassen und folgen den Vorschlägen, die der Vorstand des Deutschen Städtetages unlängst gemacht hat, ohne dadurch die Gewähr zu haben, der Finanzkrise Herr zu werden.

Die Städte sind in ihren Entscheidungen nicht frei. Sie sind vom Reich durch die Verteilung der Wohlfahrtslasten und eine ungenügende Berücksichtigung bei der Abgabenteilung in eine katastrophale Lage gedrängt worden und stehen vor der Alternative: Rigoroser Abbau oder Schließung der Gemeindefassen mit ihren unvorstellbaren Wirkungen auf das Leben von Millionen Arbeitern, Beamten und Hilfsbedürftigen. Die Anklage kann sich nicht gegen die Städte und ihre Magistrate richten. Die

Verantwortung trägt die Reichsregierung.

die seit Jahr und Tag auf die Juspizierung der finanziellen Verhältnisse

in den Gemeinden, auf die herannahende Katastrophe wiederholt und nachdrücklich hingewiesen wurde, aber niemals das Notwendige getan hat.

Der Kampf gegen die Gemeinden, den wir seit der Stabilisierung der Währung in steigender Heftigkeit sich entwickeln sahen, ist nunmehr auf seinem Höhepunkt angelangt. Die Kräfte der Reaktion, unterstützt von einer den kommunalen Dingen kennntnislos oder feindlich gegenüberstehenden Reichsbürokratie, gefördert von der früheren Spitze der Reichsbank, haben sich

zusammengedreht, um die durch das allgemeine Wahlrecht grundlegend veränderten Gemeindeverwaltungen zu bekämpfen und den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt in den Städten zu verhindern.

Alle Einrichtungen auf dem Gebiete der Volkshygiene, der Wohlfahrtspflege, der Städtegestaltung, des Wohnungswesens — trotz mancher Uebersteigerungen vorbildliche Zeichen einer neuen sozialen Gesinnung — wurden als „Luxus“ abgestempelt und eine allgemeine Gegnerschaft aus Spießbürgern, Rührergünstigen und Großwirtschaft organisiert, die immer deutlicher und rücksichtsloser zum Angriff überging. In den Gemeinden und ihren Organen sah man mit Recht die wichtigsten Nachpostionen des sozialen Fortschrittes, in ihrer Lohnpolitik das Schrittmachertum für die steigende Beteiligung der Arbeiter am Sozialprodukt, in ihrer Wirtschaftsbetätigung den machenden Einfluß der öffentlichen Hand auf das wirtschaftliche Leben der Nation.

Planmäßig hat man ihnen den Weg zur langfristigen Anleiheaufnahme gesperrt, ihre Steuereinkünfte gemindert, die innere Last der Konjunkturoverschlechterung ihnen auferlegt, bis die allgemeine Wirtschaftskrise Rassenchwierigkeiten und akute Gefahren brachte, die die Städte reiß machen mußte für einen Abbau auf der ganzen Linie, für

Veräußerung ihrer rentabelsten Unternehmungen

und Gelegenheit bot zur weitest gehenden Beschränkung der Selbstverwaltung, wie wir sie in den Befehlen und Verordnungen der letzten Wochen und Monate ununterbrochen erleben.

Ist das der Weg, der im Reiche weiter gegangen werden soll? Treibt neben die Agrarpolitik, die schwerste, unerträglich gewordene Opfer den breiten Massen der Bevölkerung zumutet, ohne einen wirklichen Fortschritt in der Agrarwirtschaft einzuleiten, neben die Kartellpolitik, die davon zurücksteht, die zur Lösung der Wirtschaftserstarrung notwendig gewordene Erschütterung des Preisgebäudes der Grundindustrien herbeizuführen, neben die Wohn- und Gehaltsabbaupolitik, die der Arbeiter- und Angestelltenklasse Opfer über Opfer zumutet, ohne daß ihr bisher ein Ausweg aus der zermürbenden Krise gezeigt wird, eine

von oben betriebene Kommunalpolitik, die das kulturelle und soziale Niveau der städtischen Bevölkerung senkt

und wichtigste öffentliche Unternehmungen preisgibt, die Gemeinden in ihren Lebensfunktionen gefährdet?

Wir warnen vor einer Entwicklung, die in unabsehbares Elend führen muß und fordern zunächst rasche und ausreichende Hilfe für die Gemeinden, ehe ein Zusammenbruch der Städte unheilbare Schäden verursacht.

Mehr Klarheit!

Forderungen an die Reichsregierung.

Von S. Aufhäuser.

Das Ergebnis der Volksentscheide hat wieder einmal den politischen Zusammenbruch verhindert. Sozialdemokratie und Arbeiterschaft waren die Träger der Rettungsaktion. Diese erfolgreiche Abwehr eines gewissenlosen politischen Abenteuerismus kann sich aber nur auswirken, wenn auch positive dieser Arbeiterschaft und den weiten notleidenden Schichten geholfen wird. Der Kampf gegen die Massennot müßte die Konsequenz des 9. August sein. Statt dessen sieht sich die werktätige Bevölkerung von neuen Gefahren bedroht. Trotz des furchtbaren Warnungssignals, das die panikartige Juli-Katastrophe aufgerichtet hat, vermissen wir immer noch entscheidende Kabinettsbeschlüsse, die endlich dem Abgleiten in der Lebenshaltung der breiten Masse ein Halt gebieten.

Die Reichsaufsicht über die Banken steht noch aus, statt dessen hat die Diskussion zu einer Bankenreform überleitet. Die Aktienrechtsreform will nicht in Fluß kommen und von einer positiven Lenkung des Kapitalstroms nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist noch nichts zu verspüren. Auch wirtschaftspolitisch könnte man glauben: „wir haben Zeit“, denn schon drohen neue Lohnabbauwellen mit wachsender Verminderung der Kaufkraft, ohne daß mit durchgreifenden Maßnahmen der Handelspolitik und wirklichen Eingriffen in die Kartellgewalten das Realeinkommen durch Preisverbilligung gestärkt wird. So beschleunigt kürzlich den notleidend gewordenen Banken geholfen werden konnte, so zögernd ist die Behandlung der brennendsten Wirtschaftspragen.

Schon zeigen sich täglich mehr und mehr die Folgen der Juligeidkrise in vermehrten Zusammenbrüchen großer Geschäfte und dem Ansteigen der Arbeitslosenziffer. Der Reichsbank aber genügt es, daß sie mit weiterer Kreditrestriktion ihre Notendeckungsgrenze peinlich innehält. Schließlich wird aber die Golddeckung allein nicht helfen können, wenn das für die Wirtschaft notwendige Kreditvolumen immer mehr einschrumpft. Eine Verstärkung des Kapitalumlaufs ist notwendig, um der Massenverwerfungsnot des Winters möglichst vorzubeugen. Die vielfach angekündigte nationale Selbsthilfe kann doch unmöglich ausschließlich in der Senkung von Löhnen und Sozialleistungen bestehen. Also: Reichsbank er mache!

Es kann aber auch nicht gerade beruhigen, wenn in der entscheidenden Frage einer internationalen Finanzhilfe täglich brav versichert wird, daß wir mit einer langfristigen Auslandsanleihe nicht zu rechnen hätten, statt sichtbar und höchster Aktivität die politischen Voraussetzungen für die beschleunigte Verständigung mit Frankreich zu schaffen. Es ist beachtlich, daß auch die Sachverständigen in Basel ausdrücklich erklärten, die Schwierigkeiten für die internationale Finanzhilfe weder in der deutschen Wirtschaftslage noch in den Reichsfinanzen zu sehen. Es seien vielmehr politische Faktoren, die im Wege stehen. Wir sehen aber, daß in einer Zeit, in der ohne Verzug Brücken zu Frankreichs Kapitalmarkt gebaut werden müßten, der deutsche Außenminister den chronisch gewordenen Ehrgeiz hat, weiter Fehler zu machen. Es ist kein Verdienst, daß die deutsche Delegation in Genf diesmal „parlamentsrein“ zusammengesetzt sein wird. Deutschland wird, wie in der guten alten Zeit, nur zünftige Diplomaten entsenden. Kein Reichstagsabgeordneter, der bei den Genfer Verhandlungen die Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Völkern verbessern könnte, darf die Kreise des Herrn Curtius stören.

Die Dingenetzelei fängt an, auch schon außenpolitisch verhängnisvoll zu werden. Es mutet auch wie ein Ueberfluß an Mangel von Völkerpsychologie an, daß ausgerechnet im Augenblick, da die unmittelbare Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als Gebot der Stunde erscheint, das führende Organ der Deutschen Volkspartei einen Viermächtepakt zwischen Deutschland, Italien, England und Frankreich vorschlagen muß. Wenn eine europäische Zollunion reif zu sein scheint, will Herr Curtius das Abkommen nur mit Oesterreich. Wenn die nachbarliche Verständigung mit Frankreich spruchreif geworden ist, wandert er erst durch das übrige Europa, statt den nächsten Weg nach Paris zu finden.

Die Reichsregierung sollte auch innerpolitisch die Ansprüche an die Opferbereitschaft der Arbeiterschaft nicht weiter überspannen. Es wird nicht mehr verstanden werden können, wenn durch den Kurs der Reichsfinanzpolitik weiter einseitig Lasten auf die arbeitenden Schichten abgewälzt werden sollen. Der Umbau der Krisensteuer wäre jetzt fällig.

Kampfbeschluß der Labour Party.

Das neue Spar- und Steuerprogramm.

London, 26. August. (Eigenbericht.)

Die gemeinsame Konferenz der Leitung der Labour Party, der Gewerkschaftsexekutive und der Parlamentsfraktion hat beschlossen, die Regierung MacDonald scharf zu bekämpfen. Die Haltung der Minister der Labour-Regierung, die nicht in das nationale Kabinett eingetreten sind, wurde ausdrücklich gebilligt.

Heute hielt das Kabinett seine erste Sitzung ab. Unter den Ministern besteht volle Uebereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen, die, sobald alle Einzelheiten festgelegt sind, bekanntgegeben werden sollen. Die Bezüge der Arbeitslosen sollen um 10 Proz. gekürzt und die Beiträge zur Arbeitslosen-

versicherung von 7 Pence auf einen Schilling (10 Pence) erhöht werden. Außerdem steht das Sparprogramm der Regierung eine Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten vor, im Höchstfall um 20 Proz. Auch die Abgeordnetenblüten und die Lehrergehälter sollen gekürzt werden. Ferner sind umfangreiche Abstriche an den Verwaltungsausgaben in Aussicht genommen. Schließlich ein Zuschlag zur Einkommensteuer, eine Luxussteuer und eine Erhöhung der Steuern für Bier, Spirituosen und Tabak geplant.

Es verlautet, daß die Regierung frühestens Weihnachten zurücktreten wird.

(Weitere Meldungen siehe 3. Seite.)

Mögliche Einnahmequellen aus Staatsmonopolen, wie Tabakmonopol, Benzinmonopol müßten bei der herrschenden Finanznot erschlossen werden. Die Zeit drängt.

Es kann auch gewiß nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen, wenn täglich neue Pläne über die Ablösung der Hauszinssteuer herumschwirren, die eine völlig einseitige Begünstigung der Hausbesitzer und die völlige Lahmlegung des Wohnungsbaues befürchten lassen. Wenn schon eine Reform im Hinblick auf die am 1. Januar 1932 bevorstehende Aufwertungsverzinsung erforderlich scheinen sollte, dann müßte an die Stelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last treten. Die Regierung sollte sich auch äußern, ob die zusätzliche Unterstützung der Arbeitslosen und Mietzuschüsse an wirtschaftlich schwache Wohnungsinhaber gewährleistet sein wird.

Ebenso wenig können die bekannt gewordenen Absichten zur Sanierung der Gemeinden befriedigen. Wenn die Reichsregierung Maßnahmen treffen will, die den Ländern und Gemeinden Eingriffe in die Verträge von überbezahlten Oberbürgermeistern und hohen Beamten ermöglicht, wäre das zu begrüßen. Wenn darüber hinaus für die Privatindustrie das gleiche geschieht, um so besser. Ob aber eine Verordnung helfen kann, die nun den Länderregierungen Diktaturbefugnisse zum Zwecke der Drofflung der Gemeindefinanzen verleiht, ist mehr als fraglich. Da die Gemeindefinanzen in der Hauptsache auf die Wohlfahrtserwerbslosenlasten zurückzuführen ist, so kann sich das Reich seiner Pflicht zur Beihilfe nicht länger entziehen. Die Ersparnisse aus dem Hoover-Plan müssen mit zur Sanierung der Gemeinden verwandt werden.

Diese Frage steht und fällt aber auch mit der Neuordnung der Arbeitslosenhilfe überhaupt. Der Vorschlag des Städtetags auf Aufhebung der Arbeitslosenversicherung muß auf den schärfsten Widerspruch stoßen. Es ist vielmehr an der Zeit, daß die Reichsregierung den sozialdemokratischen Vorschlag, der bereits bei der letzten Erörterung des Arbeitsministerium im Reichstag als Entschließung angenommen worden war, wieder aufgreift. Er besagt, daß unter Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung lediglich die Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge vereinigt, vom Reich den Ländern und Gemeinden gemeinsam finanziert werden sollen. Es wäre unerträglich, die Erwerbslosenzugänge weiter zu kürzen, nachdem sie bereits um 30 Proz. abgebaut worden sind.

Die Reichsregierung sollte sich bewußt sein, daß nur ein arbeiterfreundlicher Kurs in der Wirtschafts-, Finanz-, Innen- und Außenpolitik helfen kann. Sie wird die Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters nur meistern können, wenn sie entschlossen ist, einen gradlinigen Weg einzuschlagen. In den Spuren der Dingeldepartei ist diese gerade Linie niemals zu finden. Vor allem zieht die Inanspruchnahme der sozialdemokratischen Unterstützung für den Reichskanzler starke Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nach sich. Das wirtschaftliche Geschehen muß zum Gegenstand des staatlichen Willens werden. Nur auf dem Weg zur gesellschaftlichen Macht über die Wirtschaft vermögen wir ihm entgegenzusetzen zu bleiben.

Schwierige Kassenlage in Sachsen.

Nur ein Drittel der Gehälter wird ausgezahlt.

Dresden, 26. August.

Die Staatskanzlei teilt mit:

Infolge der überaus gespannten Kassenlage können die sächsischen Beamtengehälter für Monat September am 1. September zunächst nur in Höhe eines Drittels des Monatsbezugs ausgezahlt werden. Dasselbe gilt für diejenigen Bezüge für Behördenangestellte, die halbmonatlich bezahlt werden. Die Versorgungsbezüge der Beamten- und Beamtinnenhinterbliebenen und die Augustbezüge von Behördenangestellten, die monatlich nachträglich zu zahlen sind, werden am gleichen Tage vorläufig zur Hälfte gezahlt.

Ueber die Zahlungen des weiteren Teils der Bezüge liegen Anordnungen noch nicht vor. Die Entwicklung der Kassenlage wird hierfür maßgebend sein.

Auch Mecklenburg unter schwerem Druck.

Schwerin, 26. August.

In einer Besprechung mit Vertretern des Mecklenburgischen Beamtenbundes legte der Finanzminister die ernste Finanz- und Kassenlage Mecklenburg-Schwerins dar.

Die Kassenlage sei an sich nicht ungünstiger als in den übrigen Ländern, da die sächsischen Ausgaben noch ganz rücksichtslos gekürzt worden seien, so daß wesentliche Mittel nicht mehr freigegeben werden könnten. Es bleibe nur noch übrig, die Personalkosten zu senken. Ob eine Hilfe des Reiches möglich sei, sei zweifelhaft. Sollte sie nicht möglich sein, so bleibe weiter nichts übrig, wenn man nicht die Zügel schleißen lassen wolle und nicht die Dinge ihren unheilvollen Gang nehmen sollte, als an eine Gehaltskürzung heranzugehen. Er, der Minister, teile die schweren beamtenpolitischen Bedenken. Abschlässe und Maßnahmen irgendwelcher Art seien noch nicht getroffen worden. Die weiteren Entschlüsse der mecklenburgischen Regierung hingen von dem Ergebnis der Besprechung mit dem Reichskanzler ab.

Auch Bayern bereinigt seinen Etat.

Anwendung der neuen Notverordnung.

München, 26. August. (Eigenbericht.)

Das bayerische Staatsbudget von 28,6 Millionen Mark soll jetzt auf raschestem Wege mit Hilfe der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten beseitigt und der Haushalt ausgeglichen werden. Der Ministerrat hat bereits am Mittwoch beschlossen, den Fehlbetrag durch neue Einnahmen und weitere Einsparungen zu beseitigen. Der Wortlaut der Notverordnung zum Ausgleich des Haushalts soll noch in dieser Woche veröffentlicht werden.

Das Strafverfahren gegen Drexler eingestellt. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das gegen den bisherigen Führer der Wirtschaftspartei, den Abg. Drexler, eingeleitete Strafverfahren heute eingestellt. Drexler war beschuldigt worden, als Aufsichtsratsvorsitzender der Mittelstandsbank Unterschlagungen und Bilanzfälschungen begangen zu haben.

„Geheimkonto“ im Christendienst.

Hinter den Kulissen der Innenmission.

Der Korruptionssumpf in der „Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsunternehmungen Deutschlands“, den wir in dem getriggen „Abend“ beleuchteten, muß — da hier in großem Umfang Gelder der Steuerzahler verwirtschaftet worden sind — zum Gegenstand eingehender Prüfungen durch die beteiligten staatlichen Stellen gemacht werden.

Man wird dabei auf eigenartige Zusammenhänge stoßen: Um über die Höhe und die Auszahlungstermine der Reichsgelder für die der Hilfskasse angeschlossenen privaten Wohlfahrtsverbände rechtzeitig informiert zu sein und dementsprechend bei den Spekulationsgeschäften der zur Hilfskasse gehörigen Bankfirma Rambaum u. Co. verfügen zu können,

„interessierte“ die Geschäftsleitung der Hilfskasse den Ministerialobersekretär Sonntag vom Reichsarbeitsministerium,

der seit Jahren ständiger Berater der Hilfskasse ist. Eine ihm übergebene Summe von 12000 M. wurde auf ein recht unverfänglich aussehendes fingiertes Konto „Haus Elisabeth, Lantwig“, gebucht. Wohlfahrtsanstalten, die bei der Hilfskasse die dringend benötigten staatlichen Zuschüsse anmahnten, wurde mitgeteilt, daß die Gelder, die man bereits spekulativ verwertet, noch nicht eingetroffen seien. Man empfahl den Anstalten jedoch, Zwischendarlehen zu 12 bis 14 Proz. Zinsen bei dem Bankhaus Rambaum u. Co. aufzunehmen. Auf diese Weise wurde die Mißstimmung in den meist nationalistischen Kreisen der Missions-Anstalten gegen das Reichsarbeitsministerium gefördert, das leider die Zügel viel zu sehr schleißen ließ.

Von den leitenden Herren des Zentralausschusses für Innere Mission wird — wie wir hoffen wollen: zu Unrecht — behauptet, daß dem Reichsarbeitsministerium die Millionenverluste der Hilfskasse aus den Rambaum-Geschäften seit längerem in ihrer vollen Höhe bekannt sind. Hier sind Fragen, die geklärt werden müssen.

Jedenfalls ist festzustellen, daß das Reichsarbeitsministerium seit geraumer Zeit die Zuweisungen an die privaten Wohlfahrtsverbände nicht mehr direkt über die Hilfskasse geleitet hat, sondern über eine Großbank.

Die vom Reichsarbeitsministerium eingeschaltete Kontrolle ist allerdings dadurch illusorisch gemacht worden, daß die Verbände ihre Zuschüsse nach Auszahlung durch eine Großbank umgehend wieder der Hilfskasse überwiesen haben.

Das „Konto Geheim“.

Die Tatsache, daß der Zentralausschuß für die Innere Mission jahrelang die Korruption in seinen eigenen Reihen gebudet und gedeckt und bis vor kurzem auch einen der Hauptverantwortlichen gegen vereinzelt Angriffe stets gehalten hat, findet eine gewisse Erklärung in der Verfolgung materieller Interessen, die die Beziehungen der meisten Führer des Zentralausschusses in ihrer Missionsarbeit kennzeichnet. Eine der Quellen, aus denen

die persönliche Korruption gespeist

wurde, war das „Konto Geheim“ des Zentralausschusses bei der Hilfskasse in Höhe von anfänglich 175000 M., über das der Pastor D. Cremer in den letzten Jahren gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralausschusses, dem Geheimrat Seeburg, verfügte. Dieser Fonds, der aus den Reichsmitteln abgezweigt worden war und nie in den Abrechnungslisten an das Reichsarbeitsministerium erschien, diente ausschließlich „zur Unterstützung von Berufsarbeitern des Zentralausschusses“. Aus diesem Konto wurden Beihilfen gewährt an Direktoren des Zentralausschusses und andere Personen, deren hohe Gehälter und mannigfachen Nebenbezüge weitere Unterstützungen völlig überflüssig machten. Zu diesen Beträgen kamen zahlreiche fahrigwidrige Darlehen der Hilfskasse der Devaheim und der Deuzag an ihre Aufsichtsratsmitglieder, unter denen der jetzige Schatzmeister der Inneren Mission, der Kaufmann Müller, mit einem Deuzag-Kredit von 42000 M. brilliert.

Die neuerdings unternommenen Versuche, die engsten organisatorischen Beziehungen zwischen dem Devaheim-Konzern und dem Zentralausschuß (C. A.) für die Innere Mission auf der einen, den Spitzenkörpern des C. A., und der Hilfskasse auf der anderen Seite abzustreifen, sind von vornherein unglaubwürdig.

Drei von vier Vorstandsmitgliedern des C. A. sahen als Delegierte in den Geschäftsleitungen und Aufsichtsorganen der Devaheim-Gesellschaften.

Liebesgaben ohne Ende.

Das Volk ist in Not. — Herr Schiele verschenkt mit vollen Händen.

Den Getreideagrarierern ist eine Subvention in Form einer Zinsverbilligung von 6 Proz. für alle Erntebewegungs- und Lombardierungskredite zugesprochen, um die Möglichkeit zu schaffen, das Getreide zurückzuhalten und die Preise in die Höhe zu treiben. Nichts liegt näher, als daß auch die anderen Zweige der Landwirtschaft sich jetzt melden und ihr Teil fordern. Selbst der Weinbau verlangt, da die übrige Landwirtschaft durch Finanzierung der Ernte subventioniert wird, ebenfalls vierprozentige Kredite, aber gleich für 9 Monate. Was werden die anderen Zweige der Landwirtschaft fordern? Die grüne Front ist bereits beim Reichskanzler angemeldet und will ihm ihr Programm vorlegen, in dem alle Zweige der Landwirtschaft summarisch bedacht werden sollen. Bei Herrn Schiele werden sie jedenfalls auf Unterstützung rechnen können. In einem Brief an den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei heißt es:

Schiele für die Erhöhung des Futter- und Häsezollens, für die Wiedereinführung von Exportprämien für Hafer und Gerste und für die Fortsetzung der Stützungsaktion auf dem Rindermarkt ein.

Wir erwarten, daß der Reichsfinanzminister und die anderen Mitglieder der Reichsregierung diese, die Reichskasse um Millionen belastenden Subventionen ablehnen werden. Wir erwarten gleichfalls, daß die Wünsche nach Erhöhung des Zolls für Rindereprodukte auf absoluten Widerstand im Reichskabinett stoßen, denn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind wahrhaftig

fast jedes Mitglied seines Verwaltungsausschusses und seines Finanzausschusses war gleichzeitig in mehreren Aufsichtsräten der Wirtschaftsbetriebe. Die offiziellen Beauftragten der evangelischen Kirche wiederum saßen in dem Finanzausschuß, dem Verwaltungsausschuß und dem Hauptausschuß des C. A. In den ersten beiden Gremien sind die Mißstände bei der Hilfskasse und im Devaheim-Konzern Anfang 1930 eingehend erörtert worden.

Der Oberkirchenrat, vertreten durch seinen Vizepräsidenten D. Burghart, die Generalsynode, vertreten durch den Pastor D. Philipps, das Kirchenbundesamt, vertreten durch den Oberkonsistorialrat D. Scholz — sie alle tragen die volle Verantwortung.

Sie haben weder organisatorisch noch mit den ihnen zur Verfügung stehenden disziplinarischen Mitteln die Konsequenzen aus den ihnen bekannten Korruptionsercheinungen gezogen. Daß die Bevollmächtigten der Kirche auch strafrechtlich zu ahnende Handlungen gedeckt haben, wenn auch vermutlich guten Glaubens, muß dabei besonders vermerkt werden.

Von den Personalunionen abgesehen, haben auch rein lassenmäßig zahlreiche Beziehungen zwischen der Hilfskasse und dem Devaheim-Konzern bestanden. Zur Ankurbelung ihrer von den Kanzeln herunter unterstützten Bausparerverwerbung erhielt die Devaheim einen Kredit der Hilfskasse von 168000 Mark. Umgekehrt wurde ein Teil der Deuzag-Gelder bei der Hilfskasse angelegt.

Zu den Hauptursachen des Zusammenbruchs der Devaheim und der Deuzag gehören die umfangreichen fahrigwidrigen Großkredite, die an Provinzialverbände, Landesvereine und zahlreiche einzelne Anstalten der inneren Mission gegeben worden sind. Auf Kosten der kleinen Bausparer wurden hier Darlehen ausgeteilt, welche die Fehlbeträge bei den Verbänden der Inneren Mission decken sollten, die durch die Verpfändung der Reichsgelder bei der Hilfskasse entstanden waren. Die Hilfskasse wurde so eine der Hauptursachen des Devaheim-Zusammenbruchs. Angehts der organisatorischen Verschachtelung von Devaheim-Konzern, Zentralausschuß, Kirche und Hilfskasse kann

die Klärung der unheilvollen Zustände bei Hilfskasse und Devaheim nicht von einer Vereinigung der Inneren Mission getrennt

werden. Schon tritt der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine als erster Opponent aus den eigenen Reihen der Kirche hervor, der sich in einer Denkschrift von den Mißständen abzugrenzen versucht und den Zentralausschuß als den für die Verluste der Devaheim-Sparer hauptverantwortlichen bezeichnet. Es wird abzumarten sein, ob nicht auch die Körperschaften der Kirche den Zentralausschuß in seiner jetzigen Form lassen lassen werden. Die Liquidation der Hilfskasse, an deren Fortbestehen gerade ihre moralisch weniger belasteten Mitgliedsverbände kaum noch interessiert sein werden, dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Vordringlich jedoch ist eine durchgreifende und baldige Hilfe für die geschädigten Bausparer, denen mit dem Staatsanwalt nicht geholfen ist. Das traurige Intermezzo des von dem Generalsuperintendenten Dibeltius propagierten Planes,

die Sparer ihre Verluste selbst durch erhöhte Verwaltungskostenbeiträge abdecken zu lassen,

ist bereits beendet. Der Plan des Direktors Böding (dessen Evangelischer Krankenhausverband ebenfalls aus dem Rollen der Devaheim-Kredite geschöpft hat), die Devaheim-Verluste auf die Wohlfahrtsanstalten der inneren Mission umzuladen, ist bereits an der finanziellen Lage der meisten Anstalten gescheitert. Projekte, das Grundvermögen von Kirchengemeinden zu mobilisieren, werden wegen der Schwierigkeit der Durchführung wenig Anklang finden.

Nach wie vor muß nachdrücklich gefordert werden, daß der Zentralausschuß für die Innere Mission und die evangelischen Landeskirchen gezwungen werden, die Sparerverluste zu decken.

Wenn der Zentralausschuß nach seinen Millionen einbußen bei der Hilfskasse nicht mehr einspringen kann, so möge er öffentlich seine Zahlungsunfähigkeit erklären.

Es heißt, daß der Oberkirchenrat eine neue Erklärung zum Fall Devaheim vorbereitet, der im wahren Sinne des Wortes ein „Fall“ der evangelischen Kirche geworden ist.

Der Oberkirchenrat ist die einzige Stelle in dem tunstoll verschachtelten Kirchenaufbau, die sich im Namen der altpreußischen Kirchen zur Deckung sämtlicher Verluste bereit erklären und weitere Beschlüsse des Kirchausschusses herbeiführen könnte.

nicht derart, daß man es jetzt auf neue Beunruhigungen des Auslandes auf handelspolitischem Gebiet antommen lassen dürfte. Hoffentlich entspringen diese Zoll- und Subventionswünsche lediglich dem Agitationsbedürfnis des Herrn Schiele.

Bei der Verwendung der kommenden Kartoffelernte hat aber der Reichsernährungsminister ernstere Subventionspläne, zumal sich auch das Preussische Landwirtschaftsministerium mit dieser Frage beschäftigt und entsprechende Anregungen an die Reichsregierung geleitet hat.

Auf einer Versammlung der Kartoffelinteressenten

hat Herr Schiele seine Pläne entwickelt. Um den Speisekartoffelmarkt zu erleichtern, ist die baldige Einführung von Handelsklassen beabsichtigt; dem Kartoffelrodungsgewerbe soll durch eine möglichst umfangreiche Verwertung der Kartoffelstöcke ein erweiterter Absatz gesichert werden, neue Wege wurden erörtert, um den Absatz von Kartoffelstärke zu vermehren. Wir fürchten, daß man wiederum versucht, durch Beimischung von Kartoffelmehl zum Brot, also

durch eine Brotverschlechterung, den Absatz der Kartoffelstärkefabriken zu heben.

Der gefährlichste Teil der Pläne liegt aber in der Absicht, den Verbrauch für Kartoffelspiritus zu erhöhen und das Brennrecht entsprechend hoch festzusetzen.

Ohne Rücksicht auf die Spiritusmonopolverwaltung und damit

Alt-Berlin in der Sperlingsgasse

„Es ist eigentlich eine böse Zeit.“ Das Lachen ist teuer geworden in der Welt, Stirnrünzeln und Seufzen gar wohlfeil. Auf der Ferne liegen blutig dunkel die Donnerwolken des Krieges und über die Nähe haben Krankheit, Hunger und Not ihren unheimlichen Schleier gelegt. — Es ist eine böse Zeit! Dazu ist Herbst, trauriger, melancholischer Herbst und ein feiner, kalter Vorminterregen brieselt schon wochenlang herab auf die große Stadt; es ist eine böse Zeit. So beginnt die Chronik der Sperlingsgasse von Wilhelm Raabe, dessen 100. Geburtstag am 8. September gefeiert wird. Daß dabei auch die Sperlingsgasse, in der der Dichter von 1854/55 wohnte, mitgefeiert wird, ist selbstverständlich. Zwar heißt sie nicht mehr Sperlingsgasse, sondern Spreestraße, aber die meisten Häuser sind noch da aus Raabes Zeit, auch Nr. 11, in dem er wohnte. Eine schlichte Inschrift über der Tür erinnert an den Chronisten dieser Gasse; vor wenigen Tagen hat man das Haus Nr. 11 sowie die beiden Nachbarhäuser mit Oelfarbe frisch angestrichen in weiser Voraussicht des regen Besuches, der zum 100. Geburtstag einsetzen wird.

Lehnt man wenige Schritte von der Jungfernbrücke an dem Geländer des Kanals, so umfaßt man mit einem Blick den idyllischen Winkel am französischen Hof, die ganze Länge der Spreestraße, die auch heute noch voll malerischer Reize ist und von dem stattlichen Herzoglichen Haus abgeschlossen wird, in dem einst Schlüter wohnte. Kinder spielen ihren Ringreihen und singen alle Reime dazu. Der behäbige Wirt „Zur Raabe-Diele“ (gegenüber die Konkurrenz heißt „Zur Sperlingsgasse“) lehnt gemütlich in der Tür. Am Raabeschen Hause baumelt ein riesengroßer, silbern gestrichener Schlüssel. Mit vielem Gehepe sucht ab und zu ein Auto die schmale Einfahrt zur Spreestraße auf. Schmalbrüstige Häuser drängen sich dicht aneinander, krumm laufende Dachrinnen münden in viereckigen Schächten. Gestalten, die

ganz wunderbar in die „Chronik“ hineinpassen, kann man beobachten: alte Mütterchen, seltsam gekleidete Sonderlinge — jenes Berlin, das allem Tempo zum Trotz noch im altberlinischen Takt schlägt.



Die heutige Spreestraße — einst Sperlingsgasse

Berlins Notmaßnahmen.

30 Millionen sollen gespart werden. — Kürzung der Magistratsgehälter um 20 Prozent.

Eine gemeinsame Konferenz des Berliner Magistrats und der Vorsitzenden der Bezirksämter sowie eine anschließende Magistratsitzung beschäftigten sich am Mittwoch mit den Einschränkungsvorschlägen des Städtetages und den in der Berliner Verwaltung durchzuführenden Notmaßnahmen. Es bestand die allgemeine Auffassung, daß eine fruchtbare Ausgabenminderung nur durch eine straffere Organisation der Verwaltung, scharfe Arbeitsteilung und Abbau jeder unnötigen Behördenarbeit möglich ist.

Die bereits eingeleiteten Vorarbeiten sollen beschleunigt fortgeführt und die Einschränkung des städtischen Aufgabengebietes mit Hochdruck betrieben werden. Soweit es in den Kräften der Stadtverwaltung liegt, sollen ferner geeignete Maßnahmen getroffen werden, um durch Erleichterungen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, der Grundstücksverwertung und den anderen Zweigen der Stadtverwaltung die private Initiative anzuregen und die Überwindung der Krise nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Mitglieder des Magistrats und die Vorsitzenden der Bezirksämter haben sich bereit erklärt, über die Bestimmungen der Notverordnungen hinausgehend während der Dauer der Wirtschaftskrise auf insgesamt 20 Proz. ihres Gehalts zu verzichten.

Im Arbeitsbereich des Tiefbauamtes werden die im Etat vorgesehenen Mittel um mehrere Millionen Mark gekürzt, die Inangriffnahme aller Hochbauten wird unterbleiben, die einmaligen Ausgaben des Haushaltsplanes werden gesperrt.

In allen Schulgattungen wird die Klassenzahl verringert, wodurch leider weitere Entlassungen nicht festangestellter Lehrkräfte unvermeidlich geworden sind. In der Wohlfahrtspflege werden die ergänzenden Leistungen eingeschränkt. Insgesamt erwartet der Magistrat von seinen heutigen und den noch beachtlichen Einschränkungsvorschlägen eine Herabminderung des Haushaltsbedarfs um 25 bis 30 Millionen Mark für den Rest des Jahres.

Zu den Maßnahmen des Magistrats schreibt der Städtische Nachrichtendienst:

Diese Ersparnisse genügen aber keinesfalls, um die Berliner Haushaltsführung sicherzustellen und die Rassenbereitschaft der Stadt zu gewährleisten. Wenn der Magistrat schwersten Herzens zu Beschlüssen gelangt ist, die das Niveau der Berliner Kommunalarbeit tief senken, dann nur in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung nun auch ihrerseits ohne Verzug die unbedingt erforderliche ausreichende weitere Hilfe und gleichzeitig durch ein aussonderndes Wirtschafts- und Finanzprogramm der Bevölkerung die Überbrückung gibt; daß diese schweren Opfer nicht umsonst gebracht werden.

Der geflüchtete Kriminalkommissar festgenommen.

Der Kriminalkommissar Dubral von der Kriminalinspektion des Polizeiamtes Kreuzberg, der seit dem 24. August verschunden war und im Verdacht steht, Kreditwindeln zu leihen und Veruntreuungen begangen zu haben, ist gestern im Norden Berlins festgenommen worden. Er hatte sich bei Bekannten verborgen gehalten. Gegen Dubral war ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Auch stand ein Strafverfahren in Aussicht.

Arbeitertod an der Zannowibridge.

Wie der schwere Unfall geschah.

Wie wir berichteten, wurden gestern mittag in der Nähe des Brandenburger Ufers am Neubau der Zannowibridge zwei Arbeiter Opfer eines schweren Unfalls. Der 32jährige Schlosser Karl Bietz aus der Thaeerstraße 42 wurde getötet, der 40jährige Schlosser Karl Schmidt aus der Nostitzstraße 22 mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus überführt werden. Die Verletzungen Schmidts sind erfreulicherweise nicht lebensgefährlich.

Die Schuldfrage ist Gegenstand einer Untersuchung der zuständigen Stellen. Sowie ist festgestellt: Aus einer Höhe von 40 Metern stürzte plötzlich von einem Krangerüst eine Eisenplatte von mehr als 1½ Meter Länge. Zwei Arbeiter, die 20 Meter tiefer auf einem Podest beschäftigt waren, wurden von der Platte getroffen. Bei Bietz trat der Tod auf der Stelle ein, während Schmidt mit einer erheblichen Verletzung abtransportiert wurde.

An dem Neubau der Zannowibridge ist ein gewaltiges Krangerüst. Auf einem langen Querbalken des Krans, etwa 15 Meter über dem Wasser, waren ebenso wie auf etwa halber Höhe gestern mittag mehrere Arbeiter tätig. Wenige Minuten vor 13 Uhr stürzte eine Eisenplatte von der höchsten Höhe des Krangerüsts herunter. Bietz wurde am Kopf getroffen, zu Boden gerissen und erschlagen. Schmidt, der im letzten Augenblick die Warnungseife seiner Arbeitskollegen hören konnte, sprang beiseite und entging so dem Tode.

Schmidt hatte die Geistesgegenwart, sich an einen Zwischenträger festzuhalten und konnte sich auf diese Weise vor dem Tode retten, da er sonst auf Eisenteile gefallen wäre, die etwa 6 Meter unter dem Zwischenträger lagerten. Arbeitskollegen befreiten den Verletzten aus seiner gefährlichen Lage und brachten ihn zur Rettungsstelle, von wo er dem Krankenhaus überführt wurde. Der zu Tode gekommene Arbeiter mußte von der Feuerwehr von dem Gerüst heruntergeholt werden, da es seinen Arbeitskollegen nicht möglich war, seine Leiche zu bergen.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Max Caspari erhebt sich. In seinem Gesicht zuckt kein Muskel. Vom Ständer, etwas angenagt vom Zahn der Zeit, nimmt er eine Partitur.

„So, man singt nur um Geld zu verdienen und um auf einer Besinnungsbörse hoch zu notieren. So, so! Na, schön! In Danzig hast du anders gesprochen. Es bedeutet wohl kein Glück, dies singen zu dürfen, he?“ Er präliert kurz. „Damals sagtest du jedenfalls, es wäre für dich ein Glück, und er spielt das schmerzliche Duett aus der „Nacht des Schicksals“.“

Manfred stutzt, dann beginnt er leise, wie für sich allein: „In dieser feierlichen Stunde...“ Max Caspari läßt seinen schweren melodischen Bariton dagegen. Beide markieren. Die Stimmen suchen sich, wissen noch nicht, ob sie den alten Kontakt finden werden.

Als das Duett beendet ist, sagt Manfred: „Othello!“ Max Caspari nickt. Im „Othello“ sangen sie zum erstenmal zusammen.

Marie ist eingetreten noch in Hut und Mantel. Ihr Gesicht ist vom schnellen Gehen gerötet.

„Ans Klavier!“ ruft ihr Manfred entgegen. „Hier lang‘ an!“ Max Caspari blättert die große Schlussszene des zweiten Aktes auf.

Noch geht Manfred nicht aus sich heraus, auch Max Caspari ist steif und ungelent, und Marie vergreift sich ein paarmal in den Tasten. Aber bei der Klage Othellos kommt es über sie. Mit einem wilden Schrei wirft sich Manfred auf den Teppich, der niemals Berlin gesehen hat. „Nun ach, fahre wohl für immer süßes Gedenden...“ Der Schmerz um zerbrochenes Glück strömt aus der Stimme. Manfred vergißt das ärmliche Zimmer um sich, vergißt, daß er nicht auf der Bühne für eine hohe Dollargage steht, er ist eingesponnen in die Dämonie der Musik. Und auch Max Caspari vergißt alles Unglück der letzten Zeit. Er singt wieder, er darf wieder singen, er fühlt sich gebannt und mitgerissen von dem ungestümen, dramatischen Willen des anderen. Er wächst über sich hinaus. „Zeuge sei die hohe Sonne...“ Die Stimme klingt

machtvoll und metallisch. Der Raum um ihn verwandelt sich in die Arkadengänge eines venezianischen Palastes auf Cypern.

Marie schließt mit einem scharfen Schlag im Bass. Die Freunde stehen vom Fußboden auf und sehen sich schweigend an. Dann fallen sie sich in die Arme und küssen sich.

„Du wirst wieder singen, eher als du denkst!“ schreit Manfred.

„Reinst du?“ Max Caspari wagt nicht so schnell zu hoffen.

„Ich schwöre es dir. Aber was sollen wir in diesem langweiligen Haus. Marie, zieh‘ deinen Jungen an! Wir fahren heraus an die See. Ich miete einen Wagen. Wir essen im Kurhotel.“

Er läßt keinen Widerspruch aufkommen, er steckt die anderen mit seiner Laune an. Während Marie kosmetische Verschönerungen unternimmt, wird der Heldengnom von den beiden Männern angekleidet.

Sie fahren in einem schönen Sechssther. Vor der Hauptpost läßt Manfred halten.

„Ich muß ein Telegramm an meinen Berliner Agenten aufgeben. Er soll mich morgen vormittag im Hotel besuchen.“ Manfred kommt mit Zeitungen bedeckt zurück.

„Ich will mal sehen, ob die hiesige Käsepresse gut über mich orakelt hat.“ Das ist eine Art von Entschuldigung, mit verlegenem Gesicht vorgebracht.

„Dir kann es doch gleichgültig sein, was man hier über dich schreibt“, lacht Marie.

„Das verstehst du nicht“, grollt Max Caspari in einen imaginären Bart. Ihn, den harmlosen, weichherzigen Mann, umwittert immer die Atmosphäre des Pizarro oder Telramund.

Pfötzlich ballt Manfred in impulsiver Wut ein Blatt zusammen.

„Verdammtes Schwein“, schreit er. „So ein gottbegnadeter Mist! Hier lies...!“ Er wirft den Bellen Max Caspari in den Schoß.

... herrliches piano... schwingende Mittelstlage... Lederbüßen für den Kenner... Stimmkrösus, der mit seinem Pfunde wuchert, brummelt der Heidenbariton.

„Sehr schön“, strahlt Marie.

„Quatsch! Das ist bombastischer Unsinn, schlechtes Deutsch, und was weiß ich“, wütet Manfred. „Aber hört weiter.“

Man hat schon die Stadt verlassen, der Wagen fährt durch Wald. Plötzlich gibt es einen Knack. Die Insassen werden durcheinander gerüttelt.

„Verdammt noch mal“, ruft Max Caspari. „Laut der Efel

nicht langsamer fahren? Muß er mit dem hohen Tempo in die Kurve hineinragen?“

„Schlecht angelegte Straße“, konstatiert Manfred. „Gleich hinter der Kurve eine Brücke. Da kann doch leicht ein Unglück geschehen. Also lies!“

... Die Stimme hat die Neigung zu detonieren...“

„Niemand hat sie diese Neigung gehabt“, fährt Manfred dazwischen, „niemand! Ich kann es beschwören...“

... Hier liegen Gefahren, die rechtzeitig erkannt, noch im Keime erstickt werden können. Der große Gast sei gewarnt! Weiß übrigens Manfred Grumacher nicht, daß der Tannhäuser ins Lyrische hinweist?“

„Bleich!“ Damit erledigt Max Caspari sachlich den Fall. Da er nicht kritisiert worden ist, hat Manfreds Wut kein Interesse für ihn.

Aber Manfred hat sich in einen schönen Zorn hineingesteigert. Es geschieht das Wunder, daß der große, internationale Sänger sich über den kleinen Provinzkritiker maßlos erboft. Er will sich auch gar nicht abkühlen.

„Welcher Hurensohn hat das geschmiert? Dr. —us! Wer ist das?“

„Dr. Aronius ist Oberlehrer am Luisenlyzeum.“

„Daß er mit A anfängt, hab‘ ich mir gleich gedacht!“

„Er verkehrt auch bei deiner Schwester, hab‘ ich mal gehört.“ Marie legt begütigend die Hand auf Manfreds Schulter.

„Fränze könnt‘ was Besseres tun, als solche Dohsen bei sich zu empfangen.“ Diese moralische Entgleisung Fränzes schmerzt Manfred. „Keinen blaffen Schimmer hat der Kerl vom Singen und wird auf die Menschheit losgelassen. Das ist eine Gemeinheit!“

Allmählich verebben die Wogen der Erregung. Der Wagen läuft jetzt an der Ostsee entlang, die in der Nachmittagsstunde dahindämmert. Unter den Kolonnaden des Kurhauses sitzen ein paar isolierte Gäste, die in ihrer Einsamkeit frieren, und sich etwas deplaciert vorkommen. Es ist noch nicht die richtige Zeit, hier an der See Mittag zu essen oder den Kaffee zu trinken. Überall werden erst schüchterne Vorbereitungen für den Sommer getroffen. An einem Seitenflügel errichten mustelbepackte Männer ein Gerüst. Ein neuer Anstrich tut dem Haus dringend not. Die dünnen Wasserfarben sind mit Regen und Fledern übersät, Erinnerungen an herbstliche Regen und winterliche Unwetter. Vielleicht sind auch unternehmungslustige Wellen bis hierher vorgedrungen. Die Bäume haben Knospen angelegt, und einige verfrühte Vögel singen bereits.

(Fortsetzung folgt.)

Verficherung auf Gegenseitigkeit

Flucht aus dem Gerichtssaal.

In einem Verführungsschwindel-Prozess gegen sieben Angeklagte, die sich als Agenten verschiedener Gesellschaften gegenseitig teils auf richtigen, teils auf falschen Namen versichert und dafür Provisionen eingezogen hatten, kam das Schöffengericht Berlin-Mitte auf Grund der Geständnisse der Angeklagten nach kurzer Beweisaufnahme zu einem Urteil. Wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Betruges zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung wurden Kupperberg, Siegel und Oh zu je fünf Monaten Gefängnis, Lewin zu zwei Monaten Gefängnis, Rosenhal zu einem Monat Gefängnis und Holländer wegen Betruges in nur einem Fall zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Soweit die Angeklagten noch unbestraft waren, wurde ihnen Bewährungsfrist zugesprochen. Kupperberg und Siegel wurden mit der Maßnahme aus der Haft entlassen, daß sie als Ausländer der Abteilung IA der Polizei vorgeführt werden, da gegen sie Auslieferungsverfahren nach Oesterreich schweben. Während der Angeklagte Siegel abgeführt wurde, bemerkte man, daß sich Kupperberg anstatt sich in das Untersuchungsgefängnis zurückzuführen zu lassen, eigenmächtig aus der Anklagebank und dem Gerichtssaal entfernt hatte. Auch das Kriminalgerichtsgebäude hatte er bereits unangefochten verlassen.

Der verschenkte Name.

Ein eigenartiges Motiv gab der Monteur K. dem Gericht auf die Frage an, warum er in den letzten Jahren unter falschem Namen gelebt habe. Er erzählte daraufhin, daß seine Schwester einen Mann geheiratet hätte, der Bankbeamter gewesen sei und große Unterschlagungen begangen hätte. Um seiner Schwester, die durch die Inhaftierung und Bestrafung ihres Mannes in großes Elend geraten wäre, zu helfen, hatte er seinem Schwager seine ganzen Ausweispapiere geschenkt und ihm erlaubt, sich auf seinen Namen in Berlin aufzuhalten. Da aber nicht zwei Leute unter gleichen Personalien Arbeit suchen konnten, habe er sich einen anderen, in seiner Heimat gebräuchlichen Namen zugelegt, auf den er dann auch, als er als Monteur auf Reisen gehen mußte, von den Polizeibehörden einen Paß ausgestellt erhielt. Inzwischen erfuhr er wieder von seiner Schwester, daß es ihr und ihrem Kinde sehr schlecht ging, und dadurch ließ er sich hintergehen, auf Namen seiner Firma Rechnungen für Materialien zu fälschen und sich das Geld zu behalten. Die durch diese Schwindeleien erlangten Summen, insgesamt etwa 280 Mark, will er zusammen mit dem größten Teil des Wochenlohnes seiner Schwester geschickt haben.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Angeklagten wegen gewinnstüchtiger Urkundenfälschung sowie wegen intellektueller Urkundenfälschung zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis.

Bankfraß und Sportbehörde.

Schwere Verluste der Sportbehörde für Leichtathletik.

München, 26. August.

In der Gläubigerversammlung des kürzlich zusammengebrochenen Bauhauses Ruderer und Lang in München wurde bekannt, daß die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik bei dieser Bank, deren Leiter einen hohen Ehrenposten bei der Sportbehörde innehatte, ein Konto von 180 000 Mark unterhält, das größtenteils verloren sein dürfte, zumal es auf Kontokorrent-Konto und nicht mündelsicher angelegt war.

Diese 180 000 Mark bilden angeblich das gesamte Vermögen der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik. Da nach dem bisherigen Status mit einer Quote von höchstens 50 Proz. für die Gläubiger zu rechnen ist, dürfte die Deutsche Sportbehörde auf alle Fälle einen Verlust von rund 80 000 Mark erleiden.

Lebensmittelpakete nach Sowjet-Rußland.

Im Auftrag der Sov. Fracht- und Transportgesellschaft Moskau hat die Deutsch-Russische Lager- und Transportgesellschaft (Derutra) der Firma Hermann Lich und ihren sämtlichen Häufern, wie die Firma mittelst, für Deutschland das ausschließliche und alleinige Recht übertragen, Bestellungen von Privatpersonen auf Lebensmittel, sowie auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs zur Verwendung an Privatpersonen nach Sowjetrußland anzunehmen und in Paketen dahin abzuschicken. Bei Entgegennahme der Bestellungen werden gleichzeitig sämtliche entstehenden Spesen und Gebühren in Anrechnung gebracht, so daß für die Empfänger weitere Nachzahlungen am Bestimmungsort nicht mehr erfolgen. Die Firma wird in ihren größeren Häufern Musterräume einrichten, in denen alle Waren, die für den Versand nach Rußland in Frage kommen, zur Ausstellung gelangen.

Wiederaufnahme des Halsmann-Prozesses.

Der Prozess gegen Philipp Halsmann, der beschuldigt war, seinen Vater in den Tiroler Bergen ermordet zu haben, hatte seinerzeit großes Aufsehen erregt. Philipp Halsmann wurde vom Schwurgericht Innsbruck zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt, dieses Urteil wurde jedoch vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Die zweite Verhandlung, die am 19. Oktober 1929 endete, brachte die Verurteilung zu einer vierjährigen Kerkerstrafe. Am 22. Januar 1930 wurde dieses Urteil rechtskräftig, da der Oberste Gerichtshof annahm, daß Verfahrensängel nicht vorliegen. Am 30. September 1930 wurde Halsmann begnadigt und zugleich aus ganz Oesterreich ausgewiesen. Zur Fortsetzung seiner Studien begab er sich nach Paris, wo er jetzt lebt. Kurz nach der zweiten Verurteilung Halsmanns meldete sich ein Hilfsarbeiter Schneider, der angab, den Mord an dem alten Halsmann begangen zu haben. Das Wiener Landesgericht schenkte den Angaben Schneiders keinen Glauben. Schneider zog seine Selbstbeschuldigung zurück, wurde vom Morde freigesprochen, aber wegen Vorstrafe verurteilt. Die Anwälte Philipp Halsmanns haben neue Strafanzeige gegen Schneider erstattet und heute dem Straflandesgericht in Innsbruck den Antrag überreicht, das Strafverfahren gegen Philipp Halsmann wieder aufzunehmen. U. a. wird behauptet, das Aktenmaterial über Schneider enthalte den Nachweis der Täterschaft eines Dritten, darüber hinaus die Möglichkeit einer Täterschaft Schneiders, jedenfalls aber den Nachweis der Schuldlosigkeit Philipp Halsmanns.

Republikanische Rednerschule. Nach der Sommerpause beginnen die Rednerkurse wieder am 7. September, 9½ Uhr, Restaurant Alex Kellner, Anhalterstr. 11. Mitglieder republikanischer Parteien und Organisationen, welche Anlage zu politischer Rednerfähigkeit haben, können diese ausbilden. Monatsbeitrag 1 M. Schriftliche Anmeldungen rechtzeitig an W. Herod, Charlottenburg 4, Gieselerstr. 17.

Was ist mit dem Seidenbau?

Eine Ausstellung in Friedrichshagen.

In Friedrichshagen, einige Minuten vom Bahnhof links ab auf der Dahlemer Chaussee befindet sich zwischen Bäumen versteckt ein Gebäude, das eine „Seidenbauausstellung“ beherbergt. Die vielen Besucher, die täglich hier vorbeiziehen, wollen gewiß nicht alle Seidenbauer werden, die meisten beschäftigen nur den hochinteressanten romantischen Vorgang, wie die Seide entsteht.

In einem großen Saal werden sämtliche Vorgänge der Seidenraupenzucht und alle damit in Berührung stehenden Anlagen und Techniken gezeigt; der veranstaltende Verein sorgt dafür, daß in einem gemeinverständlichen Vortrag der Besucher orientiert wird. Da sind auf einem flachen Teller auf einer Hand voll Maulbeerbältern 30 000 junge Raupen vereinigt, die trotz ihrer Jugend von wenigen Tagen bereits eine Häutung hinter sich haben und sich fleißig in ihre Lebensaufgabe hineinfressen. Auf Hürden in langen Reihen sieht man dann die Tiere in den verschiedenen Stadien ihres Alters, das bis zur Verwandlung zur Puppe oder Kokon nur 32 Tage beträgt. Kurz vor ihrer Einspinnung entwickeln die überfingerlang gewordenen Larven eine tolle Fresswut, man hört deutlich das Geräusch ihrer Fresswerkzeuge. Die ganze Raupe besteht fast nur noch aus einer Spinnblase, die den Zellfaserstoff der grünen Blätter ansammelt, um ihn später in einem 3000 Meter langem Faden zu verspinnen. An aufgestellten Rahmen sieht man auch das fleißige Werk der Seidenraupe, wie sie verkrümmt Faden um Faden um ihren Leib spinnst, bis sie sich ein unburchbringliches, festes Bett gemacht hat, in dem dann die Puppe bis zu ihrer Verwandlung in einen Schmetterling verbleibt. Die über 4000 Jahre schon betriebene Seidenkultur hat die Raupen derart domestiziert, daß sie wie willige Haustiere nicht von den Hürden herunterstürzen, auf denen ihnen täglich mehrfach frisches Futter gereicht wird. Die Puppen in den fertiggespinnenen Kokons werden dann in einem Heißluftverfahren abgetötet, damit nicht etwa 18 Tage später der Schmetterling die Hülle durchstößt und der lange Spinnfaden in viele tausend kleine Enden zerfällt, die sich nicht mehr aufspulen lassen. Die Seidenkokons sind also die eigentliche Ware, die nach Gewicht und Qualität verkauft wird und in Spezialanlagen gespult und geschpelt werden.

So sehr auch alles stimmt, was über die Leichtigkeit der Seidenraupenzucht, bequeme und reinliche Handhabung gesagt wird, die ein Kind besorgen kann, so sehr greifen alle Prospekte daneben, die eine vielversprechende Existenz daran knüpfen. Die Seidenbauvereine haben es in den letzten Jahren verstanden, etwa 10 000 Menschen für dieses Gewerbe einzuspannen, aber nur mit wenig Erfolg für sie. Der deutsche Seidenbauer kann auf keinen grünen Zweig kommen, obwohl in allen umliegenden Ländern der Seidenbau eine gewichtige Industrie geworden ist, die viele Kleinbesitzer ernährt. Es ist bei uns genau noch so wie zur Zeit Friedrichs II., der die Seidenraupenzucht durch Staatsunterstützung vorwärts bringen wollte. Es liegt weder am Klima noch an der Aufzucht, die hier ebenso gedeihen kann wie anderswo, auch wächst die Futterpflanze, der Maulbeerstrauch *Morus alba* bei uns ebenso gut wie in südlichen Ländern. In Deutschland hat die Seidenraupenzucht Industrie kein Interesse an der Eigenproduktion; sie läßt Millionen von Mark jährlich für Rohseide lieber nach dem Ausland fließen, um ihre Monopolstellung nicht zu gefährden, die durch einen vergrößerten Seidenbau in Deutschland erschüttert werden könnte. Da bisher die Seidenbauer finanziell zu schwach waren, ihre Rohproduktion selbst im maschinellen Verfahren weiter zu verwerten, mußten sie die Kokons nach dem Ausland verkaufen. Alle Jahre im Herbst mußten sie das als Erlös nehmen, was ihnen der Käufer gutwillig gab. Hier scheint nach den Berichten der Seidenbauer nunmehr eine Besserung eingetreten zu sein. Im vorigen Herbst haben sich sämtliche Verbände zusammengeschlossen und sind dazu übergegangen, gemeinsam mit der Stadt Telle auf genossenschaftlicher Grundlage eine Spinnhütte zu errichten. Die Aktie beträgt 100 Mark, die nur an Seidenbauern vergeben wird, sie kann überdies noch in kleinen Raten oder durch Rohmaterial abgezahlt werden. Schon bei der diesjährigen Ernte bedroht die neue Gesellschaft die gelieferte Ware mit der Hälfte des Wertes und will den Rest des Betrages nach der Wertverteilung auszahlen. Sollte dieses Experiment der Seidenbauern, sich von der deutschen Seidenindustrie unabhängig zu machen, glücklich verlaufen, so wäre damit die Zukunft des Seidenbaues gesichert.

Wiener Theaterleiter erschossen.

Die Tat einer früheren Geliebten.

Wien, 26. August.

Der Wiener Theaterdirektor Leopold Alexander wurde in einem Direktionszimmer des Apollo-Theaters erschossen aufgefunden. Neben ihm lag die ehemalige Sekretärin des Direktors, Rosa Püregger, durch einen Schuß gleichfalls lebensgefährlich verletzt. Es wurde festgestellt, daß Rosa Püregger den tödlichen Schuß auf Alexander abgegeben und sich dann selbst durch einen Schuß verletzt hat. Die Vernehmung ihrer Mutter ergab, daß Rosa Püregger seit Jahren der Überzeugung war, Alexander werde sich von seiner Frau scheiden lassen und sie heiraten.

Schwindel mit Sowjet-Schornsteinen.

Die Zeitschrift „Neue Jugend“ hat in ihrer Nr. 10 vom 2. Juli 1931 ein Titelblatt gebracht, das eine Reihe von Schornsteinen darstellt und „Moderne Säulen (Gaswerk Tegel)“ untergeschrieben ist. Die letzte Nummer des illustrierten kommunistischen Blatts „Der Arbeiter-Photograf“ bringt das gleiche Bild. Sie hat aber einen Leuchtturm angefügt, der mit der roten Scheitel- und Hammerfahne Sowjetrußlands geschmückt ist. Zwei Seetiere, die England und Frankreich tituliert sind, fliegen mit den Fahnen und wollen die Schornsteine offensichtlich mit dem Leuchtturm und der Fahne umstoßen. Die Unterschrift heißt: „Imperialistische Haie bedrohen die UdSSR.“ (UdSSR ist die offizielle Bezeichnung der Sowjetunion.) Es ist unverständlich, wie die Sowjetunion bedroht wird, wenn Hais die Schornsteine des Gaswerks Tegel umstoßen sollten. Rückfragen in Tegel haben ergeben, daß man dort bislang mit einer solchen Gefahr nicht gerechnet hat. Aber bei unseren Kommunisten ist eben vieles möglich.

Internationales Freundschaftstreffen der Jugend.

200 junge Franzosen und Belgier befinden sich zur Zeit in Berlin; sie sind von der Deutschen Liga für Menschenrechte ausgestattet worden. Aus Anlaß ihrer Anwesenheit wird die Berliner Jugend am Sonnabend, dem 29. August, im Kaiserpark am Stöckchen, um 4.30 Uhr, bei einem internationalen Freundschaftstreffen der Jugend, das von der Deutschen Liga für Menschen-

rechte veranstaltet wird, versammelt sein. Das Freundschaftstreffen verpricht eine große Manifestation für den Frieden zu werden. Die Mitwirkung haben zugesagt: Das Schülerorchester des Köllnischen Gymnasiums und der Karl-Marx-Schule und der Sprechchor der Naturfreunde. Außerdem treten Alfred Beierle und Rolf Vanger auf. Das Wort werden nehmen ein belgischer, ein deutscher und ein französischer Junge, sowie der Vertreter des Kultusministeriums, Geheimrat Schellberg, Frau Heria Wagner und Studienrat Krüger.

Sechs Tote beim Zusammenstoß

Deumondville (Quebec USA), 26. August.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Autobus und einem Automobil wurden sechs Personen getötet und zwanzig verletzt. Einige der Verwundeten schweben in Lebensgefahr. Die Opfer des Unglücks befanden sich auf der Heimkehr von einer politischen Versammlung.

Diplomatenauto von Lokomotive zermalmt.

Sofia, 26. August.

Hier ereignete sich ein schweres Autounfall, bei dem auch zwei Mitglieder der bulgarischen Regierung ernste Verletzungen davontrugen. Der Ackerbauminister Rischew und der Unterrichtsminister Murawjew hatten in Begleitung des Sekretärs Rischewos, Schumanow, einen Autoausflug in die Umgebung Sofias unternommen. Als das Auto einen Bahnübergang überqueren wollte, wurde es von der Lokomotive eines herankommenden Güterzuges erfasst und vollständig zermalmt. Der Chauffeur wurde furchtbar verstümmelt und war auf der Stelle tot. Der Sekretär Schumanow wurde ebenfalls getötet und die beiden Minister erlitten schwere Verletzungen, doch besteht keine Lebensgefahr.

Wochenendfahrt Berlin—Hamburg—Helgoland. Die Reichsbahn direktion Berlin kündigt für den 12. und 13. September eine Wochenend-Sonderfahrt von Berlin nach Hamburg und Helgoland an. Der Teilnehmerpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt einschließlich der Kosten für Abendessen und Übernachtung in Hamburg 22 Mark, bei Teilnahme an der Dampferfahrt nach Helgoland 32 Mark.

Deutsche Pfadfinder auf Irrpfaden.

Während in Wien die sozialistische Internationale vor kurzem ihre 4. Tagung abhielt, hatte sich in Baden bei Wien die Jugend zu einer internationalen Tagung besonderer Art zusammengefunden. Das internationale Büro der Pfadfinder tagte in Anwesenheit von Vertretern der Pfadfinderbünde aus 49 Staaten unter dem Vorsitz des Begründers der Pfadfinderbewegung, Lord Robert Baden-Powell. Drei große europäische Länder sind nicht in der internationalen Büro vertreten: Italien, Rußland und Deutschland.

Während die Aufnahme der pfadfinderischen Gruppen Italiens und Rußlands vom internationalen Büro abgelehnt wurde, da es sich um reine Parteiorganisationen handelte, liegen bei den deutschen Pfadfindern die Dinge ganz anders. Die deutschen Pfadfinderbünde sind untereinander völlig zerklüftet; gerade die politischen Gegensätze spielen hierbei die wichtigste Rolle. Die Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß mit Ausnahme eines Bundes — des Deutschen Republikanischen Pfadfinderbundes — die anderen Bünde im rechtsradikalen Lager und damit im Kampf gegen die Deutsche Republik stehen. Die republikanischen Pfadfinder waren es, die im Jahre 1929 trotz aller Schwierigkeiten und Querstreichen es erreichten, daß sie zu dem großen internationalen Pfadfindertag in England eingeladen wurden. Ihnen war es zu verdanken, daß

zum ersten Male auf einem der großen internationalen Lager die schwarzgoldene deutsche Reichsfahne unter dem Beifall aller übrigen Nationen bei der Flaggenparade aufgezogen wurde.

Die Disziplinlosigkeit eines anderen deutschen Bundes ließ es damals zu dem traurigen Schauspiel kommen, daß im deutschen Lager durch

Hißung einer schwarzweißroten Fahne der Flaggenzwist vor aller Welt offenbart wurde. Diese offensichtlichsten Zwistigkeiten unter den deutschen Pfadfindern bewegen damals das internationale Büro, die Vertreter der deutschen Bünde nach Deutschland mit dem Auftrage zu schicken, die deutschen Pfadfinderbünde in einem Dachverband zusammenzufassen, der dann in das internationale Büro aufgenommen werden sollte. Die Folge war die

Gründung des „Deutschen Pfadfinderverbandes“, der mit offenkundiger Ausschaltung der republikanischen Pfadfinder gebildet wurde.

Seitdem hat sich die Lage nicht gebessert, eher verschlechtert. Die politische Entwicklung der letzten Zeit brachte es mit sich, daß die übrigen Pfadfinderbünde immer mehr in das Fahrwasser der Nationalsozialisten gerieten. Heute ist die Lage so, daß die republikanischen Pfadfinder sich im Kampf um die Erhaltung der Republik ebenso isoliert befinden, wie auch andere republikanische Organisationen. Das eine Ziel des Bundes, auf dem Wege der internationalen Pfadfinderorganisation mitzuarbeiten an der Verständigung der Völker, kann erst in vollem Maße durch die Mitgliedschaft im internationalen Büro erreicht werden. Bei allen inneren Schwierigkeiten, die der Bund um seiner republikanischen Gesinnung willen auszutämpfen hat, wird er das

große Ziel der internationalen Verständigung der Jugend

nicht aus den Augen verlieren. Die Tagung des internationalen Büros, die auch diesmal wieder nicht die Aufnahme der Deutschen brachte, wird ihn anspornen, so weiter zu arbeiten, daß bei der nächsten Tagung, in zwei Jahren, auch Deutschland endlich seine Vertreter in das internationale Büro entsenden kann.

Der Zwang zur Bankenaufsicht.

Selbst in Amerika wird er von den Bankiers anerkannt. — In Deutschland wird er geleugnet!

Die Frage der Bankenaufsicht hat immer noch keine Lösung gefunden. Die Informationen über die Absichten der Reichsregierung, die in den letzten Tagen in einigen Blättern standen, darunter auch in der Zentrumspresse, waren so formuliert, daß sie jedem Drake Ehre machen könnten. Es wurde zwar festgestellt (z. B. in dem Zentrumsblatt „Trenonia“ vom 26. August), „daß auf jeden Fall die Reichsregierung die Schaffung einer Bankenaufsicht beabsichtigt“, dann folgten aber Redewendungen, aus denen niemand klug werden konnte. Man weiß immer noch nicht, was eigentlich die Reichsregierung selbst will, man weiß aber, daß von den Interessenten alles getan wird, um die Schaffung einer wirksamen Einrichtung zu verhindern. Wenn schon etwas gemacht werden muß, so soll das eine möglichst harmlose Sache, eine weiße Salbe, sein.

Ist es nicht selbstverständlich, daß die Banken selbst nicht unter eine staatliche Kontrolle gestellt werden wollen? An sich ist es selbstverständlich, es kann aber auch für die Banken ein Zwang entstehen, die Notwendigkeit einer solchen Kontrolle anzuerkennen. In dieser Hinsicht sind manche Erscheinungen in dem Lande, in dem die Heiligkeit der privatwirtschaftlichen Grundsätze besonders gehütet wird, in den Vereinigten Staaten von Amerika, für uns sehr lehrreich.

In Amerika wird nämlich aus Bankenkreisen selbst der Wunsch nach Verstärkung der staatlichen Aufsicht über die Banken geäußert.

Da sogar die wirtschaftspolitische Kommission der Vereinigung der amerikanischen Banken, der „American Bankers Association“, hat sich in ihrem neulich veröffentlichten Bericht zwar gegen „drastische gesetzgeberische Maßnahmen“ und in erster Linie für die Selbsthilfe der Banken, aber auch für eine wirksame Gestaltung der staatlichen Aufsicht ausgesprochen. Mitglieder dieser Kommission sind lauter Vertreter der Banken selbst, darunter vieler sehr wichtiger Banken. Man findet unter ihnen z. B. Roberts, den Vizepräsidenten von National City Bank, Ayres, den Vizepräsidenten von Cleveland Trust Co., Traylor von First National Bank in Chicago, Paul W. Warburg usw.

Wir wissen natürlich sehr gut, daß weder die Mitglieder dieser Kommission, noch gewisse andere amerikanische Bankiers, deren Äußerungen manchmal auffallend scharf sind, unsere grundsätzliche Einstellung zum Problem der Bankenaufsicht teilen. Sie alle stehen auf dem Boden rein privatwirtschaftlicher Auffassungen, und Probleme wie die planmäßige Lenkung des Kapitals, existieren für sie einfach nicht. Aber umso beachtenswerter ist es, daß sie nicht nur jeden Widerstand gegen die staatliche Aufsicht aufgeben, sondern selbst eine wirksame Gestaltung und Handhabung dieser Kontrolle verlangen. Hier liegt ein schlagender Beweis dafür vor, daß wirklich ein Zwang zur Anerkennung der staatlichen Aufsicht für die Banken selbst entstanden ist.

In Amerika haben 1930 nicht weniger als 1345 Banken mit Einlagen von 865 Millionen Dollar oder 3,6 Milliarden Mark ihre Schalter geschlossen.

Es waren zunächst meist kleine Banken von enger lokaler Bedeutung, sehr viele davon auf dem Lande. Solange es in der Hauptsache so blieb, konnte man glauben, daß es sich bloß um das Absterben von lebensunfähigen Unternehmungen handelt, um einen notwendigen Abbau des übermäßig ausgewachsenen kleinen Bankgewerbes. Die mittleren und größeren Banken sahen sich durch diesen Prozeß nicht bedroht, das Vertrauen zu ihnen schien nicht erschüttert. Im Dezember 1930 wurde aber in New York die „Bank der Vereinigten Staaten“ geschlossen, die noch vor kurzem über 200 Millionen und am Tage der Schließung über 160 Millionen Dollar Einlagen hatte. Das war dem Umfang der bedrohten Einlagen nach die größte Bankpleite in der Geschichte (seitdem durch die Oesterreichische Kreditanstalt und die Danat übertrifft). War das nun bloß ein Einzelfall, oder waren für diese Pleite die Gründe im System und in der ganzen Handlungsweise des Bankgewerbes vorhanden? Mit dieser Frage beschäftigte sich die amerikanische Öffentlichkeit, mit ihr haben sich auch die Banken beschäftigen müssen.

Natürlich hat die obengenannte Kommission ihre Schlussfolgerungen mit allergrößter Vorsicht formuliert, da sie eine weitere Erschütterung des Vertrauens zu den Banken verhindern will.

Die Kommission hat aber klar ausgesprochen, daß es ein Pharisäertum wäre zu sagen, daß die Banken nicht, auch wie die übrige Wirtschaft, gegen die gesunden wirtschaftlichen Grundsätze gesündigt hätten.

Die Kommission erwartet die notwendige Befundung von den Banken selbst und gibt ihrem Optimismus in bezug auf die nötige Reformbereitschaft der Banken Ausdruck. Sie glaubt aber offenbar nicht, daß man damit auskommen kann, weil sie auch einige Maßnahmen dem Staate und dem System der Zentralnotenbanken empfiehlt.

In Amerika gibt es Aufsichtsbehörden für die Banken in allen Einzelstaaten. Diese Behörden haben sich nicht sehr bewährt. Die Kommission zieht aber aus dieser Tatsache nicht die Schlussfolgerung, daß die staatliche Aufsicht verlagert, weil sie verlagert muß, sondern macht eine sehr beachtenswerte Empfehlung: es sollen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Aufsichtsbehörden mit fähigen und „integren“ (also nicht korrupten, von der Privatwirtschaft materiell unabhängigen) Kräften versorgt werden könnten! Und von den Zentralnotenbanken (Federal Reserve Banks) wird verlangt, daß sie „mit größerer Freiheit“ von ihrem Recht, die Banken zu prüfen, Gebrauch machen und den Banken, in denen „zu beanstandende Methoden“ festgestellt werden, jede Kreditgewährung verweigern.

Noch viel entschiedener hat sich vor einigen Wochen Frederic S. Rawson, der Vorsitzende des Direktoriums der „First National Bank of Chicago“ in einem Artikel (in der „Review of Reviews“) geäußert. Wir können hier nicht den ganzen Inhalt dieses außerordentlich aufschlußreichen Artikels wiedergeben. Uns interessieren vor allem einige seiner Äußerungen über die staatliche Aufsicht. Rawson ist auch der Auffassung, daß die bestehende Aufsicht unbefriedigend ist, und er sieht das

Hauptproblem in dem richtigen Ausbau der staatlichen Aufsicht. Er meint, daß staatliche Prüfer, die die nötige Sachkenntnis mit dem erforderlichen Mut vereinen („combined courage with an intelligent examination“), sehr viel erreichen können. Deshalb fordert er vor allem, daß die staatliche Aufsicht durch die Verwendung einer ausreichenden Anzahl von qualifizierten und gut bezahlten Prüfern verbessert werden soll. Also wird auch von ihm großer Wert auf die materielle Unabhängigkeit, auf die Vermeidung von Korruption, gelegt.

Den staatlichen Behörden müsse sogar das Recht gegeben werden, die Banken, die nicht die beanstandeten Kredite liquidieren wollen, sofort zu schließen. Die Aufsichtsbehörden sollen weiter das Recht haben, die Entlassung von ungeeigneten Bankbeamten zu verlangen.

Das Publikum, sagt Rawson, unterscheidet in seiner Masse nicht zwischen gesunden und ungesunden Banken, und namentlich in dieser Hinsicht können die Prüfungen durch die staatlichen Prüfer Remedur schaffen. Die staatlichen Betriebe dürfen zwar die Geschäftsführung der Banken nicht übernehmen, sie haben aber gründliche Prüfungen zu machen und die Erfüllung ihrer Empfehlungen zu erzwingen.

Wir haben keine solche Angst vor „drastischen“ Maßnahmen wie die Kommission des amerikanischen Bankenverbandes; wir stellen aber fest, daß hier auch der Vertreter einer großen Bank Maßnahmen verlangt, die drastisch genug sind. Herr Rawson ist

ein zweifellos rein privatwirtschaftlich eingestellter Mann, und, wenn er für eine so weitgehende „Bevormundung“ der Privatwirtschaft eintritt, so geschieht das, weil er in der Privatwirtschaft, nämlich in der Tätigkeit der Banken, Mißstände sieht, die nur durch öffentliche Kontrolle verhütet werden können. Aber auch die Kommission des amerikanischen Bankenverbandes würde sicherlich sagen, daß es ein Pharisäertum wäre zu behaupten, daß nur die amerikanischen und nicht die deutschen Banken einer scharfen öffentlichen Kontrolle bedürfen.

Für uns sind diese Zeugnisse von einer Seite, die zu diesem Problem eine grundsätzliche andere Einstellung als wir haben, deshalb sehr wertvoll, weil sie beweisen, daß alles deutsche Interessentengerede von den angeblichen Gefahren für ein normales Funktionieren des Kreditwesens, die bei der Einführung der staatlichen Aufsicht drohen, einfach nicht ernst zu nehmen ist. Alle diese amerikanischen Privatwirtschaftler, die als Bankiers unmittelbar und in höchstem Maße an einem normalen Kreditverkehr interessiert sind, bejahen die staatliche Aufsicht nicht deshalb, weil sie für den „Staatskapitalismus“ oder für den „Staatssozialismus“ sind, sondern weil sie gezwungen sind einzusehen, daß die staatliche Aufsicht der Banken zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden ist. Soweit sie für uns mißkommene Zeugen, trotzdem sie nicht einsehen, daß die öffentliche Aufsicht über die ganze Wirtschaft schon längst eine nicht nur soziale, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Zahlen zur Julikrisis. Die Monatsübersichten zeigen 1100 Millionen neue Kreditorenverluste.

Die Monatsbilanzen der deutschen Banken für Ende Juli geben ein Bild von der Erschütterung, der das deutsche Bankwesen im kritischen Julimonat ausgeht war. Hauptsächlich durch ausländische Kreditrückbildungen haben die sechs Berliner Großbanken bei den fremden Mitteln (Kreditoren) einen neuen Rückgang von 9277 auf 8167 Millionen zu verzeichnen, nachdem schon der Juni einen Verlust an fremden Mitteln in etwa gleicher Höhe gebracht hatte. In zwei Monaten haben sich also die fremden Gelder bei den Großbanken um rund 20 Proz. verringert. Bei sämtlichen privaten Kreditbanken ergab sich Ende Juli gegen den Vormonat ein Rückgang der Kreditoren von 11 589 auf 10 645 Millionen. Die von den Banken zur Geldbeschaffung ausgesetzten Akzente haben sich bei den Großbanken um 58 auf 874, bei sämtlichen Banken um 59 auf 1001 Millionen Mark erhöht. Die relativ stärksten Kreditorenabzüge zeigen sich, wie erwartet, bei der Darmstädter und Nationalbank und bei der Dresdner Bank. Bei der Danat erfolgte ein Rückgang von 1715 auf 1447, bei der Dresdner von 1815 auf 1570 Millionen. Aber auch die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft zeigt einen Rückgang von 3600 auf 3211 Millionen; dieser Rückgang ist absolut der größte bei sämtlichen Großbanken, relativ aber geringer als bei der Danat und bei der Dresdner.

Die vollwirtschaftliche Gefährlichkeit dieser Kreditorenverluste zeigt sich sofort in der Tatsache, daß bei den tausend gewährten Krediten nicht entfernt jene Summen mobilisiert werden konnten, die abgezogen wurden. Bei den Großbanken verringerten sich die Debitoren nur von 5668 auf 5454, bei sämtlichen Banken erfolgte ein prozentual etwas stärkerer Abbau, nämlich von 7260 auf 7020 Millionen. Auch hier zeigt sich, daß das Einfrieren gewährter Kredite bei den Großbanken stärker ist als bei den Banken der Provinz. Ganz außerordentlich stark sind die Wechselbestände der Banken zurückgegangen, was sich aus der sehr beträchtlichen Inanspruchnahme der Reichsbank zur Beschaffung der für die Kreditrückzahlung erforderlichen Gelder erklärt. Bei den Großbanken sanken die Wechsel, Scheck- und Schahenweisungsbestände von 1914 auf 1280, also um ein volles Drittel, bei sämtlichen Kreditbanken zeigt sich ein Rückgang von 2410 auf 1918 Millionen Mark. Trotz der Steigerung des Außenhandelsgeschäftes haben auch die auf lagernde und schwimmende Waren gewährten Vorschüsse gelitten. Sie verringerten sich bei den Großbanken von 1748 auf 1599, bei sämtlichen Banken von 2043 auf 1856 Millionen.

Preisföschung unerwünscht!

Die Tuchfabrikanten drohen der Nordwolle mit Boykott.

Zu merkwürdigen Äußerungen gegenüber den Reorganisationsplänen der Norddeutschen Wollkammerei und der Toga lassen sich die Kartelle der Tuchfabrikanten hinreißen.

Die frühere Verwaltung der Toga, Vereinigte Webereien A.-G., Berlin, die die wichtigsten weitererarbeitenden Werke der Nordwolle umfaßte, hatte sich den Zorn der Konkurrenten in den Tuchartikeln zugezogen, weil sie billiger als andere Werke verkaufte. Tatsache ist, daß die Betriebe der Toga technisch die besten und modernsten in Deutschland sind, daß der Zusammenbruch nur durch die finanzielle Luderwirtschaft der Wahlen verursacht war. Behauptet, aber nicht bewiesen sind die „Schleuderverkäufe“ der Toga die angeblich die Selbstkosten nicht deckten. Gerabzu rührend ist, daß die Tuchfabrikanten um das der Toga von den Banken geliehene Geld besorgt sind als die Banken selbst. Diese haben sich, wie wir vor einigen Tagen mitteilten, entschlossen, die guten Werke der Toga fortzuführen, obwohl das alte Kapital (15 Mill. Mark) restlos verloren ist, weil sie der Ueberzeugung sind, auf diese Weise einen Teil der geliehenen Gelder wieder hereinzubekommen. Die Tuchfabrikanten wollen den Banken beweisen, daß sie falsch rechnen und aus der Fortführung der Toga nur neue Verluste zu erwarten hätten.

Die Toga wird aus dem Nordwolle-Konzern herausgenommen. Die wichtigsten und besten Spinnereibetriebe der Nordwolle werden in einer neuen Gesellschaft fortgeführt. Wenn

auch ein großer Teil des von diesen Spinnereien produzierten Garnes im Ausland abgesetzt wird, so können sie natürlich auf den Inlandsabatz nicht verzichten. Da nun die Tuchfabrikanten nicht überzeugt sind, auf die Banken mit dem Argument, daß sie nicht rechnen können, Eindruck zu machen, so drohen sie damit, den Nordwolle-Spinnereien kein Garn abzunehmen, wenn die Toga-Betriebe weitergeführt werden. Diese Drohung hat der Tuchfabrikantenverein zu Tuchen in einem Schreiben an den Nordwolle-Konkursverwalter wiederholt.

Aus diesen Drohungen spricht sowohl Konkurrenzneid wie die Absicht, die Kartellmacht einzusetzen, um einen mißliebigen Konkurrenten zu beseitigen. Der Vorwurf, daß die Toga-Webereien schleuderten, ist nicht stichhaltig. Wenn die Tuchweber: „überlebt“ ist, dann sollen die unrentablen Werke verschwinden. Sollte ein Boykott gegen die Nordwolle-Spinnereien verabredet werden, hätten wohl noch einige andere Stellen ein Wort mitzureden. Aber wieder einmal sieht man, daß sich die deutschen Fabrikanten durch nichts so sehr als durch niedrige Preise „bedroht“ fühlen.

Eine neue Lombardbank. Vorsorge für die Börseneröffnung.

Die privaten Hypothekendarlehenbanken haben beschlossen, eine neue Lombardbank mit einem Kapital von 5 Millionen Mark zu gründen, an der sämtliche privaten Hypothekendarlehenbanken im Verhältnis zu ihrer Größe beteiligt sind. Zweck dieser Bank soll sein, privaten Besitzern von festverzinslichen Papieren die Möglichkeit zu geben, gegen Verpfändung ihrer Papiere Kredite zu erhalten. Man hofft, dadurch den Verkaufsanspruch an der Börse, der an den ersten Tagen nach der Wiedereröffnung zu erwarten ist, zu mildern.

Man glaubt, daß dieses neue Institut vorübergehend einen Betrag von 50 bis 60 Millionen Mark lombardieren können. Die Besitzer haben sich an diejenige Hypothekendarlehenbank zu wenden, die früher einmal die Ausgabe des betreffenden Papiers vorgenommen hat. Als Zinssatz ist der Lombardsatz der Reichsbank in Aussicht genommen. Es ist auch mit der Reichsbank verhandelt worden, ob diese zur Finanzierung der Lombardbank durch Diskont von Wechseln, die die Unterschrift der Lombardbank und einer Hypothekendarlehenbank tragen, beitragen kann. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Pleite im Berliner Stahlhandel.

Die Berliner Metall- und Eisenhandelsfirma Gebrüder Bierburg A.-G. hat die Zahlungen eingestellt. Die Bankschulden von drei Millionen Mark sind gesichert; daneben bestehen aber noch 2,6 Millionen Mk. ungesicherte Forderungen, denen knapp eine Million Mark Aktiven gegenüberstehen. (Kapital 2 Millionen Mark.) Die keinen Gläubiger sollen voll, die Gläubiger bis zu 5000 Mark mit 50 Proz. befriedigt werden; der Rest soll eine Quote von 30 bis 35 Proz. erhalten, wenn das gerichtliche Vergleichsverfahren zustande kommt.

Die Verluste des Unternehmens, das neben dem Handel auch die Herstellung von Stahlwaren und Ofenanlagen betrieb, sollen vor allem bei unrentabel arbeitenden Konzernfirmen entstanden sein. Allerdings war schon 1929 ein Gewinnausweis nur nach Auflösung einer Reserve von 0,4 Millionen Mark möglich, und im Jahre 1930 mußte zur Verlustdeckung das Kapital von vier auf zwei Millionen Mark ermäßigt werden. In der letzten Zeit hat die Bierburg A.-G. ihren Konzernbereich stark ausgedehnt; sie ist beteiligt an der A.-G. für Lackfabriken, an der Gußstahlzieherei Dohna, der D. Wehlich A.-G., Berlin, an den Dürlapp-Werken, an der Solter-Vergaser-Fabrik. Ein Teil dieser Firmen haben schon vor einiger Zeit die Zahlungen eingestellt. Mit der Stahlgroßhandlung Arthur Haendler & Co. m. b. H. wurde die Bierburg A.-G. fusioniert.

Natürlich hat der Umsatzzrückgang seit 1929 die Last der bei den Tochtergesellschaften entstandenen Verluste verstärkt. Im Sommer dieses Jahres wurden Verhandlungen mit der Handelsgesellschaft der Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen geführt, wonach die Bierburg A.-G. in stille Liquidation treten sollte. Da aber die Banken (vor allem Danabank) keine neuen Kredite mehr einräumten, weil keine Sicherheiten gestellt werden konnten, mußte die Bierburg A.-G. die Zahlungen einstellen.

Jo Hanns Rösler: Der ehrliche Finder

Zod hat zehntausend Mark verloren.
Von vormittags bis abends.
Jegendwo auf der Straße. Mit seiner Brieftasche.
Das Geld ist weg.
Zod jähert jagend heim.
„Was hast Du denn?“, fragt die Frau.
Zod erzählt sein Leid.
„Was? Zehntausend hast Du verloren??? Das hätte mir passieren sollen! Was hättest Du mir da nicht alles erzählt! Wie kann man überhaupt etwas verlieren? Ich habe nie etwas verloren.“
„Doch, Deinen Schirm.“
„Für vier Mark vierzig! Das ist schon was. Uebrigens habe ich ihn wiederbekommen.“
„Vielleicht bekomme ich mein Geld auch wieder.“
„So siehst Du aus. Schön dumm wären die Leute, wenn sie es brächten. Wenn ich zehntausend Mark fände, dächte ich nicht daran.“
„Das wäre Diebstahl.“
„Zehntausend Mark ist kein Diebstahl mehr. Eine Wurst maulen, ist Diebstahl. Oder einen Schirm behalten. Aber soviel Geld finden?“
„Ich werde eine anständige Belohnung aussetzen. Tausend Mark dem ehrlichen Finder! Für tausend Mark bleibt mancher gern ehrlich.“
Und Zod zog zur Zeitung, um das Inserat aufzugeben.
Schon am nächsten Abend klingelte das Telephon.
„Ist dort bei Herrn Zod?“
„Ja, Sie wünschen?“
„Ich habe das Geld gefunden.“
„Das Geld? Sie? — Mensch, edler Retter, ehrlicher Finder! Wann kommen Sie?“
„Wenn Sie wünschen, kann ich in einer halben Stunde bei Ihnen sein.“
„Kommen Sie. Ich erwarte Sie. Wir machen ein schönes Abendbrot. Bringen Sie auch ihre liebe Frau mit.“
„Sehr gern — aber ich —“ kam es verlegen aus dem Telephon.
„Was denn?“
„Ich bin ein einfacher Arbeiter. Und meine Frau ist krank.“
„Ach, das ist aber schade. Na dann kommen Sie aber trotzdem.“
„In zwanzig Minuten bin ich bei Ihnen.“
„Was sagst Du nun?“, trat Zod strahlend zu seiner Frau.
„Gott, das ist eigentlich selbstverständlich, daß man fremdes Geld nicht behält. Das gehört sich doch, daß man es abgibt.“
„Wer weiß, wenn ich ihm nicht die hohe Belohnung versprochen hätte.“

„Du willst ihm wirklich die tausend Mark geben?“ trat die Frau entsetzt zurück, „ich denke, es ist ein einfacher Arbeiter, zu was braucht er dann tausend Mark?“
„Ich habe es versprochen.“
„Unfinn. Das geschah in der ersten Aufregung. Das gilt nicht. Das ist ein leeres Versprechen. Das dürfen wir gar nicht tun. Schon dem Arbeiter zuliebe nicht. Er wird bloß liederlich mit so viel Geld. Er betrinkt sich und statt zu arbeiten, feiert er Orgien. Noch dazu, wo seine Frau jetzt krank ist. Es ist einfach unsere Pflicht, das Geld nicht zu geben.“
„Du hast recht, ich werde ihm nur fünfhundert anbieten.“
„Das ist auch noch zuviel. Wenn er sich betrinkt und dann von einem Auto überfahren wird, bist du sein Mörder.“
„Vielleicht dreihundert?“
„Dreihundert Mark für einen Arbeiter? Soviel verdient der Mann doch sonst auch nicht. Wenn er jeden Tag dreihundert Mark bekommt, sind das im Monat neuntausend Mark. Wo können wir denn da hin, wenn jeder Arbeiter in Deutschland monatlich neuntausend Mark verdient?“
„Das geht nicht! Das wäre Verrat an der Wirtschaft. Geben wir ihm hundert Mark.“
„Du mußt Dein Geld leicht verdienen, wenn Du jedem Menschen hundert Mark nur so hinwirfst. Ich dächte, fünfzig Mark wären auch genug.“
„Das ist ein schöner Pfennig Geld.“
„Und ob. Ein Duzend Seidenstrümpfe kann er seiner Frau dafür kaufen.“
„Seidenstrümpfe? Was braucht seine Frau Seidenstrümpfe? Und gleich ein ganzes Duzend. Ich werde ihm zwanzig Mark geben und die Sache hat sich. Und so beschloßen sie.
Vielleicht wollte er überhaupt kein Geld. Es gibt solche Leute, die sich genieren, für ihre Pflicht Geld zu nehmen. Vielleicht freut er sich auch über einen alten Mantel oder den vorjährigen Hut für seine Frau. Vielleicht ist er auch mit einem Glas Wein zufrieden.“
„Vielleicht“, meinte Zod, „aber nicht etwa den blaueisgetriebenen. Bring den Obermoseler für zwei Mark. Der tut es auch.“

Da klingelte es.
„Das ist er.“ sprangen sie auf.
Aber es war nur das Telephon.
„Hier Zod, wer dort?“
„Ich bin es nur, der ehrliche Finder.“ tönte es zurück. „Ich habe es mir überlegt, ich werde das Geld doch lieber behalten. Tausend Mark ist ja ein sehr schönes Geld, aber zehntausend sind mehr. Und dann ist mir meine Frau soeben gestorben. Da braucht man eine ganze Masse Kleingeld, bis man wieder eine neue findet.“

Adolf Cohrs: Grundlagen der Handschriftkunde

Wir leben in einer Zeit, in der das Interesse für die Lehre und die Kunst, aus den äußeren Ausdrucksmerkmalen eines Menschen auf sein inneres Wesen zu schließen, immer reger wird. „Kein Mensch kann auch nur die kleinste Bewegung ausführen, ohne ihr ein Körnchen seiner individuellen Eigenart beizumischen.“ Das ist der Grundsatz der Ausdruckslehre überhaupt. Von zehn Personen, die die Absicht haben, nach einem Buch zu greifen, tut das jede auf ihre eigene Art, die ihrer persönlichen Natur entspricht. Beobachten wir statt den Zweck die Art und Weise des Bewegungsvorgangs, so ist es uns möglich, aus jedem Vorgang wichtige Momente des handelnden Charakters zu entnehmen. Eine Schwierigkeit liegt der Praxis der Ausdruckslehre entgegen! Gang, Haltung, die Körperbewegung, Gestikulation, Mimik, Redeform sind alles Funktionen, die ihrer Natur nach flüchtig sind und sich fort und fort verändern. Aber eine einzige Bewegung macht davon eine Ausnahme: die Bewegung des Schreibens. Schon im Augenblick ihres Entstehens wird sie in bleibender Form fixiert.
Dr. Ludwig Klages, Züricher Universitätsprofessor und berühmter Graphologe und Charakterologe, hat der Graphologie (Handschriftkunde) die ersten exakt wissenschaftlichen Grundlagen gegeben und übt mit ihnen immer mehr Einfluß auf dem Gebiet der Menschenkunde und in der Medizin aus. Für die kriminelle Praxis wird die Graphologie exakter wissenschaftlicher Forschung oft ein unentbehrlicher Beitrag für Richter, Kriminalisten, Anwälte und Ärzte.
Das Grundgesetz der von Klages als Wissenschaft begründeten Graphologie lautet: jeder inneren Bewegung entspricht die analoge äußere. Das heißt also, ist man z. B. innerlich heftig bewegt, wie im Falle des Ergriffenseins oder einem Affekt, einer Gemütsbewegung, so zeigt auch der Körper zu heftigen Bewegungen; ist man innerlich ruhig, so ist es auch der Körper. Dieser einfache Ausgleich ermöglicht die graphologische Unterscheidung des „Stimmungsmenschen“ von dem Gleichmütigen. Jener erhebliche Wechsel vieler Schrifteneigenschaften zeigt sich nicht nur mit dem Wechsel innerer und äußerer Schreibumstände, so z. B., daß einer anders am Morgen als am Abend, anders, als wenn er heiter oder betrübt ist, schreibt, sondern es zeigt sich sogar schon in jedem einzelnen Schriftstück. Der Grad des gewohnheitsgemäßen Schwankens der Schriftenelemente bezeichnet genau den Grad persönlicher Veränderlichkeit und Reizbarkeit.
Es läßt sich leicht zeigen, daß die leichte und gehobene Stimmung zu lebhaften, schnellen, flotten, großen und zentrifugalen (vom Mittelpunkt fortstrebenden) Bewegungen führt, während die gedrückte zu langsamen, zögernden, kleinen und zentripetalen (zum Mittelpunkt strebenden) Bewegungen führt. Das ergibt zwei besonders charakteristische Typenbilder der Handschrift, die uns klar zeigen, ob der Schrifturheber zu den „Optimisten“ oder zu den „Pessimisten“ gehört. Ebenso leicht ist es uns möglich, die mehr oder weniger stark ausgeprägte Individualität eines Menschen aus seinen Schriftzügen klarzulegen. Je klarer die Unregelmäßigkeit des Schriftbildes, um so stärker ist die Möglichkeit für jenen Schrifturheber, seine einzelne Individualität auszubilden zu können. Dort läßt eine schärfere und exaktere Analyse auf das verschieden symptomatische eines Gefühlsmenschen mit mehr oder weniger Sensibilität aus der Unregelmäßigkeit des Schriftbildes weisen. Die Regelmäßigkeit der Schriftzüge, ihre Gleichartigkeit im Schriftbildausdruck, läßt auf ein herrschen des Geistes schließen. Mit gleicher Leichtigkeit stellen wir die Stärke und Ausdauer des Willens eines Menschen aus seiner Handschrift fest. Im Zustand des Wollens „reißt“ sich der Körper zusammen, im Zustand willenlosen Träumens und Schwärmens löst er „sich“ geben.“ In den Handschriften typischer Lat- und Willensmenschen treten daher zahlreiche sogenannte Spannungsmerkmale auf, wie vor allem Winkel, kräftiger Reibungsdruck, Enge, Kürzungen, Betonung der Unterlängen. Die Handschrift des Gefühlsmenschen findet sich statt dessen mit wesentlich druckloser Federführung in weiche Kurven.

Das zweite der Gesetze, die die Abhängigkeit des Ausdrucks von der Seele regeln, sagt uns: die Bewegungsformen werden vom persönlichen Raumgefühl beeinflusst. Ein ausgeprägt klarer Kopf, ein begriffliches Denken, Konsequenz und Logik gewöhnt, hat eine ihm selbst unbewusste Wohlverwandtschaft zu scharf gegliederten Raumgebilden, und der neigt deshalb dazu, Wörter und Zeichen als ein Gebilde des Gesamtschriftbildes klar und voneinander getrennt auszuprägen. Die mehr sinnlich konkretes und vielleicht künstlerisch phantasievolles Denken besitzende Person hebt dessen Wortkörper im Schriftbild weniger scharf aus der Seite ab. Das Schriftbild einer Person mit weniger geistiger Klarheit weist ein rücksichtsloses Ineinandergreifen von Ober- und Unterlängen auf. Das Raumgefühl unaufrichtiger und lügenhafter Personen, sowie ausgesprochen verschlossener Persönlichkeiten zeigen verwandte Formen, die den Eindruck des Verdeckens, Ueberwölbens, Versteckens, Zuschließens machen; darum schreiben diese unbewußt die sogenannte Artade mit der Bogenbindung oben (hauptsächlich bei m, n, u, i). Das Raumgefühl des typisch Offenherzigen drückt sich in den sogenannten Oirlanden (Bogenbindungen hauptsächlich bei m, n, u, i unten) aus. Den Grad der persönlichen Eigenart hat die wissenschaftliche Graphologie in ein sogenanntes „Formniveau“ gegliedert, dessen Bewertung durch die Reichhaltigkeit an feineren Verschiedenheit, durch den Reichtum an Gefühl bestimmt wird.
Oft wird der Einwurf gemacht, man könne seine Handschrift verstellen — man kann durch beispielsweise willkürliche Annahme bestimmter Schrifteneigenschaften die graphologische Diagnose nicht täuschend beeinflussen. Neben dem ursprünglichen gibt es einen erworbenen Duktus; und die Wissenschaft kennt genau die Gesetze, nach denen sich dieser aus jenem entwickelt. Die feinen Eigentümlichkeiten der eigenen Handschrift werden vom Schrifturheber gar nicht beachtet, bleiben ihm also unbekannt, und sein Versuch, die Handschrift zu „verschönern“ oder „interessanter“ zu machen, richtet sich nur auf bestimmte grobere Züge. Dieser durch „Verschönerung“ erorbene „Duktus“ bietet dem Graphologen eine Reihe höchst wichtiger Aufschlüsse über das, für was der Schreiber in der Welt und nicht zuletzt von seinem eigenen Bewußtsein zu sein wünscht.
Wenn nun für den erfahrenen graphologischen Praktiker die verschiedenen Charaktereigenschaften eines Menschen zutage treten, so kann man sich vorstellen, von welcher großen Bedeutung die graphologische Diagnose ist. Bei Erziehungsfragen und Berufswahl, wenn Zweifel über die besonderen Fähigkeiten auftauchen, kann graphologisch klar und exakt wissenschaftlich entschieden werden. In letzter Zeit erschienen auf dem Büchermarkt viele Ausgaben über „Handschriftbedeutung“, deren Ausarbeitungen größtenteils einer exakten wissenschaftlichen Forschung entbehren; sich auf Deutungstechniken, die wissenschaftlicher Handhabung entbehren, einzulassen, ist eine verantwortungsvolle Sache. Nicht genug kann betont werden, daß eine wissenschaftliche Deutungstechnik gründliches Studium ausdrucks-theoretischer und charakterologischer Literatur und darauf unter Anleitung eines Könners mindestens ein Jahr lange Übungspraxis erfordert.

Tendenzen-Opern in Russland. Nachdem die Schaffung größerer sowjet-russischer Opern- und Operettenwerke bisher noch nicht gelungen ist, begnügt man sich mit einer sowjetrussischen Interpretation klassischer Musikwerke. So rief neulich in einer Moskauer Opernaufführung Offenbachs „Schöne Helena“ große Begeisterung hervor. Während der musikalische Part von Offenbachs Wert im Original zur Aufführung gelangte, war der Text dahin abgewandelt worden, daß die „Schöne Helena“ zu einem Propagandawerk der Abrüstung aller Länder geworden war. Ein ähnliches Schicksal hat auch Offenbachs „Daphne in der Unterwelt“ erfahren. Die Comödie weiß zu berichten, daß auch „Tosca“ in ein kommunistisches Drama umgewandelt wurde. „Hugenotten“ verherlichen die Defabriken-Revolution und die Oper „Lakmé“ hat man zu einem Stück gegen die britische Kolonisierung Indiens umgearbeitet.

Iran Heilbut: Selbsthilfe

Jähigkeit ist eine Tugend. Es gibt aber Leute, die zu tugendhaft sind. Wenn eine Brünette sich vierundzwanzig Stunden lang ihre Haare wäscht, wird darum doch keine Blondine daraus; und wenn eine Sängerin jahrelang gegen den Kehlkopf kämpft, den die Natur ihr gegeben hat, so wird sie darum noch längst keine Nachtigall.
Solch eine Sängerin aber wohnt in unserem Hause. — Deshalb sehen Sie mich mitleidig an? Sparen Sie ihr Mitleid bis nachher, es kommt noch viel besser.
Zuerst lief ein Zirkular durchs Haus, das zum Protest gegen die Wäschfische aufrief, weil sie einen schlechten Duft durch das ganze Haus macht. Unten in einer Ecke des Zirkulars aber war vermerkt: „... von der Sängerin ganz zu schweigen.“ Alle Hausbewohner schlossen sich dem Protest an, eingeschlossen die Sängerin. Aber sie sang ihre Tonsaiten weiter.
Einige Monate später kursierte ein zweiter Aufruf. Er besaßte sich diesmal nicht in der Neben-, sondern in der Hauptsache mit der Sängerin, und forderte zur Selbsthilfe auf. Es wurde angetragen, „entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen“. Der Aufruf gelangte im Turnus auch in die Hände der Sängerin. Sie unterzeichnete — wahrscheinlich lächelnd — und gab ihn lächelnd weiter. Auch ihre Tonsaiten sang sie weiter.
Die Gegenmaßnahmen wurden ergriffen. Wie sehen sie aus?
Barriere links: Grammophon. Barriere rechts: Papagei (macht schon die Tonsaiten hervorstechend nach). Erster Stock links: Radio. Erster Stock rechts: Die Sängerin selbst. Zweiter Stock links: Autobesitzer, hupst frühmorgens und in der Nacht. Zweiter Stock rechts: Leute mit Balkanein Schlag, produzieren auch ohne Instrumente sämtliche namhaften Geräusche. Dritter Stock links: Schreibmaschine von Morgens bis Mitternachts. Dritter Stock rechts: Schauspielerin, eigentlich Strindbergspielerin, ist nun aber vom Kammerstudium zum klassischen Drama übergegangen. Vierter Stock links: Kapellmeister, läßt sich Freunde zu Quartetts und Trios ein. Vierter Stock rechts: Hat einen Zwilling bekommen.
So sieht unsere Mieterselbsthilfe gegen unsere Nachbarn aus. Nun haben wir Ruhe und sind zufrieden. Und wir werden nicht nachgeben. — Keiner von uns.
Denn Jähigkeit ist eine Tugend.

Der Appetit kommt beim Essen

Wer in den letzten Jahren die Literatur über die Ernährungslehre verfolgt hat, der konnte leicht vor lauter Aufklärung ganz ratlos werden. Jede Lehre hatte ihre Apostel, die nachwies, daß sie die allein seligmachende Ernährungsform gefunden hatten und daß nur der gesund und lebensfähig bleiben konnte, der nach ihrem Rezept sich und seine Kinder und Kindeskinde ernähren würde. Da dürfte es immerhin von Interesse sein, zu erfahren, was kürzlich in einem Vortrag Professor Dr. Hans Winterstein gewissermaßen zur Ehrenrettung der Jahre und Jahrzehnte hindurch geschätzten Ernährungsform gesagt hat. Er weist nämlich endlich wieder einmal darauf hin, was für eine Bedeutung der „Ehlfust“ zukommt. Und er weist nach, daß die „russische Revolution“ durch den bedeutenden Ernährungsforscher Pawlow auf dem Gebiete der physiologischen Medizin in einem alten Herrscher wieder zu rechtlicher Anerkennung verholfen hat, nämlich dem Appetit!
Durch Pawlows Methode, die auf die alte Erfahrung zurückgeht, daß uns bei Appetit das Wasser im Munde zusammenläuft, wird an Tierversuchen nachgewiesen, daß die Sekretion der Speicheldrüsen keine gleichmäßige Menge Speichel von gleicher Beschaffenheit absondert, sondern daß je nach der Speise, die man einem Hunde vorhält, Quantität und Qualität des Speichels verschieden sind. Ebenso ist es auch mit der Absonderung der Magensaftes. Speichel und Verdauungssäfte des Magens zeigen eine verschiedene Zusammensetzung, je nachdem der Appetit groß ist, und je nach den Bestandteilen der vorgelegten Speise. Legt man einem Hunde Brot und Fleisch zum Ansehen vor, so hat die Pawlow'sche Untersuchung des abgeforderten Speichels nachweisen können, daß gewöhnlich der Speichelfluß sich auf den Genuß des Fleisches einstellt. Auch seelische Zustände beeinflussen die Verdauungssäfte. Ärger verdirbt uns den Appetit. Jeder von uns weiß aus eigener Erfahrung, daß für Ehlfust und Auswertung der Nahrung viele Faktoren maßgebend sein können. Ein gut zubereitetes Essen, dem man ohne starken Hunger gegenübersteht, wird nach einigen geöffneten Bissen den Appetit stärker anregen als ein unsauber serviertes Essen, das nicht angenehm riecht, selbst wenn wir ihm mit großem Hunger entgegensehen. Einige Bissen davon erzeugen eine unangenehme Fülle in unserem Magen; wir sind satt!
Das sollte man nie vergessen, besonders in der Krankenpflege. Patienten mit geringem Appetit verweigern die nach allen Regeln ärztlicher Kunst zusammengesezte Krankenhaustost, sobald sie mürrisch und unappetitlich serviert wird. Der Appetit kommt beim Essen! Das haben die Kulturodler Instinkte schon immer gewußt, und daraus erklärt es sich auch, daß sie alle eine eigentümliche Uebereinstimmung zeigen bei der Zusammenstellung von Festessen. Die Reihenfolge wird bei allen eröffnet mit einer „Suppe“! Und das ist kein Zufall; denn jetzt folgt die große Ehrenrettung der Suppe, die heute vielfach verpönt wird, der Kraftbrühe ohne Kraut, ohne Vitamine, ohne Kalorien! Die Pawlow'sche Forschung beweist, wie wichtig die in der Suppe enthaltenen Spaltungs- und Abbauprodukte des Eiweißes für die Anregung der Magensekretion sind. Keine mechanischen Reize vermögen die Drüsentätigkeit des Magens anzuregen, wie man wieder am Tierexperiment nachweist, sondern allein der chemische Reiz, den die Suppe mit ihren Extraktstoffen ausübt als wichtiger Anreger und vortrefflicher Vorbereiter für die Verdauung des nachfolgenden Fleischgerichtes. Das man zum Abschluß gern eine Süßspeise aus Mehl isst (wenn sie leider auch meist fehlen muß in diesen schweren Zeiten, wie vieles andere auch noch), zeigt wieder, wie gesund der Appetit die Nahrungsauswahl trifft.
Winterstein schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Logik oft irrt, nicht aber oder doch nur sehr selten der Instinkt. Ein gesunder Mensch braucht keine falsche Ernährung zu befürchten, wenn er nach seinem Appetit isst. Erst wenn er anfängt, „nachzudenken“, wenn er Theorien und Vorschriften befolgt (gleichgültig, ob sie lauten: roh oder gekocht, salzig, reizlos oder gewürzt), dann schädigt er sich, denn ein gesunder Mensch braucht eine gemildete Kost. Das geht schon daraus hervor, daß niemand sein Lieblingsgericht morgens, mittags oder abends essen möchte. Wir erkennen keineswegs die ungeheure Bedeutung für die Diätetik, die durch die modernen Lehren auf dem Gebiete der Ernährung für die Kranken geschaffen wurde. Winterstein spricht da vom ärztlichen Koch, der dem Chirurgen das Messer aus der Hand nimmt, ja, vielleicht sogar dem Schmirer Tod die Gasse. Aber er rät den Ärzten — und dieser Rat dürfte wohl für eine breite Schicht unserer Bevölkerung, die Fanatiker irgendeiner Ernährungstheorie sind, gleich große Bedeutung haben —, was schon Nietzsche seinen Zarathustra sagen läßt: „Wahrlich, ich sage dir, es steht mehr Vernunft in deinem Leibe als in deiner besten Weisheit.“

Dr. B.

Die Not der Arbeitsinvaliden.

Der Kampf um die Erhaltung der Fürsorge.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat in seiner Reichskonferenz Stellung genommen zu der ersten Gefährdung der öffentlichen Fürsorge. Die Konferenz war aus allen Teilen des Verbandes, der heute bereits rund 360000 Mitglieder zählt, mit Delegierten besetzt. An der Tagung nahmen außerdem eine Anzahl von Vertretern interessierter Körperschaften und befreundeter Organisationen teil. In dem Hauptreferat beschäftigte sich der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Karsten, zunächst mit den Ursachen, die zu der heutigen ersten Gefährdung der gesamten deutschen Sozialpolitik geführt haben. Er behandelte eingehend die Notverordnung der Reichsregierung und ihre verheerende Wirkung auf die meisten Zweige der sozialen Gesetzgebung.

Durch die ungeheure Belastung, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufgeladen ist, werden diese Körperschaften heute in stärkster Weise gezwungen, eine sehr weitgehende Einschränkung ihrer Ausgaben vorzunehmen. Nach dem Willen des Reichstages soll bei dieser Abbaupolitik auch nicht vor der Fürsorge haltgemacht werden. Damit drohen auch diesem Zweig der Sozialpolitik und zugleich auch den Millionen von der Fürsorge betroffenen Volksgenossen die allerschlimmsten Gefahren. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden fordert auf das eindringlichste, daß endlich mit dieser Art von Gesetzgebung, die eine einzige, große Vernichtung von gemainten, sozialen und kulturellen Werten bedeutet, haltgemacht wird. Wenn man der Not der Zeit durch Notverordnungen beikommen will, dann darf nicht jede derartige Verordnung in stärkerer Weise zum Anwachsen der Not beitragen. Eine Notverordnung erfüllt vielmehr erst dann ihren Zweck, wenn sie den Massen wirkender Menschen Hilfe bringt und die notwendigen Lasten auf die tragfähigen Schultern der besthenden Klasse und der über gutes Einkommen verfügbaren Volksschichten verteilt. In der Politik der

weiteren Vereindung breiter Volksmassen zeigt sich auch ferner die große Gefahr für den Bestand unseres Staatswesens und der deutschen Demokratie. Gerade die Arbeitermassen, die bis heute noch die stärksten Stützen der Republik sind, werden durch eine solche falsche Politik schließlich in starkem Maße den Parteien des Radikalismus und damit den Gegnern der Republik in die Arme getrieben.

Die Arbeitsinvaliden warnen deswegen die verantwortlichen Regierungskreise auf das eindringlichste, den vom Deutschen Städtetag vorgeschlagenen Abbau der Fürsorge auf dem Verordnungswege in Kraft treten zu lassen. Sie verlangen vielmehr angesichts der ungeheuren Not, die jetzt schon in den Kreisen der Sozialrentner zu verzeichnen ist, unbedingte Einhaltung und den notwendigen Ausbau der Fürsorge und Sozialversicherung.

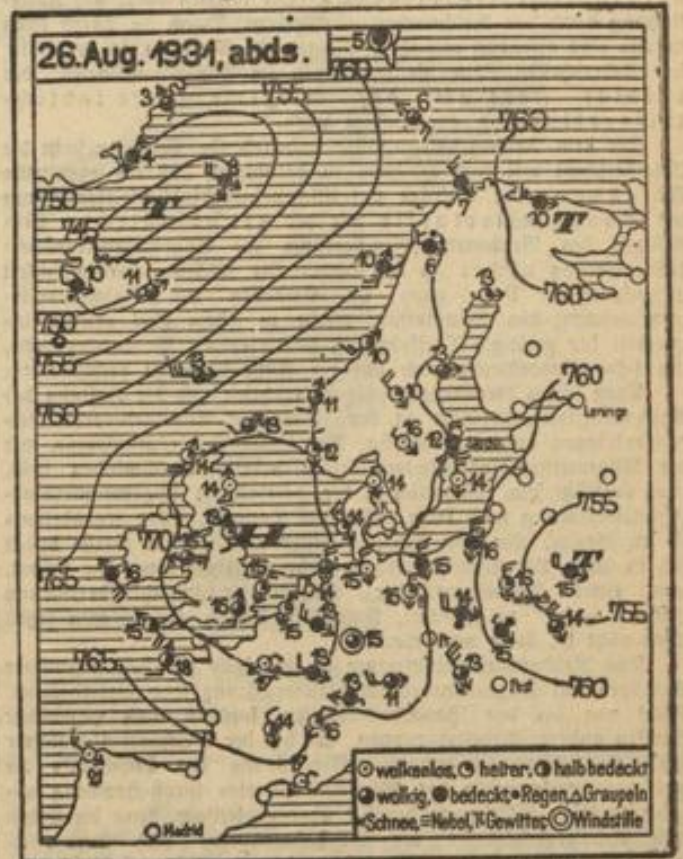
In der anschließenden Diskussion, in der eine Anzahl von Vertretern der verschiedensten Gauen des Verbandes das Wort hatten, wurden die trostlosen Fürsorgeverhältnisse in verschiedenen Gebieten geschildert. Hermann Müller vom ADGB, Göring vom KZV-Bund und Rosa vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten bezeugten dem Zentralverband in ihren Ausführungen ihre volle Sympathie demütlich des schweren Kampfes um die Fürsorge und bekundeten den ernstesten Willen ihrer Organisationen, Seite an Seite mit den organisierten Arbeitsinvaliden mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der Fürsorge und Sozialversicherung einzutreten.

Das Ergebnis der Konferenz wurde in einer Resolution niedergelegt, die mit den Worten schließt:

„Wir richten unseren eindringlichen Appell an alle maßgebenden und verantwortlichen Instanzen, dafür Sorge zu tragen, daß dem Abbau der Sozialpolitik endlich halt geboten wird, damit nicht der Millionen Hilfsbedürftigen die letzte Lebensmöglichkeit geraubt wird.“

August Marland 65 Jahre alt! Am heutigen Tage vollendet Genosse August Marland sein 65. Lebensjahr. Genosse Marland ist aus dem Transportgewerbe hervorgegangen und war stets ein rühriger und tätiger Funktionär seiner Gewerkschaft des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“. Seit dreißig Jahren ist er Mitglied der Partei, in der er die verschiedensten Funktionen und Ehrenämter bekleidete, so war er u. a. Stadtverordneter der ehemals selbständigen Stadt Spandau. Auch heute noch nimmt August Marland lebhaften Anteil am politischen Leben.

Allgemeine Wetterlage.



Kleine Filmtragödie.

Die Tänzerin und ihr Freund vor Gericht.

„Der Fall Mi. Ka.“ sagt der Vorsitzende des Schnellschöffengerichts Berlin-Mitte und durchblättert zwei Aktenheften. Herein tritt sehr blaß, sehr schüchtern, sehr resigniert ein junges, zierliches Geschöpf, früher Tänzerin, heute berufslos. Neben ihr ein großer, breitschultriger Mensch, der Freund und Komplize, mit einem „charakter“ stillstieren Kopf, matten, entschlossenen Augen und merkwürdig fahrigem Geste, die die ganze Hoffnungslosigkeit eines Gestrauchteten verraten.

Er ist Oesterreicher, die Eltern, Leute in durchaus geordneten Verhältnissen, haben sich aus nicht bekannten Gründen von ihm abgewandt, er war Filmkomparse, Vertreter in Haushaltsartikeln, Kellereigentümer — und nun ist er seit 4 Monaten arbeitslos. So zieht er nun ohne Geld und ohne Wohnung mit der ehemaligen Tänzerin durch die Menschenhöfen der arbeitssuchenden Komparserie, — aber ein Engagement ist nicht zu bekommen. Arbeitslosenunterstützung besteht er nicht. So begann es. Mehrfache Diebstähle in einem Warenhaus in der Leipziger Straße, schließlich soht man ihn. Der Tänzerin, die mit ihm festgenommen wird, kann man nichts beweisen, er selbst erhält zwei Wochen Gefängnis. Nach Verbüßung der Strafe — Ende Juni dieses Jahres — beginnt K. nach Wochen des alten Hungerbrotens von neuem. Als er, wiederum in einem Geschäftshaus in der Leipziger Straße, einen Damenrod unter seinem Rock verschwinden läßt, wird eine Verkäuferin aufmerksam. Nun stehen die beiden nach einer Woche Haft vor dem Schnellrichter. Der Edelfrompse will aus Not gehandelt haben, die Tänzerin von nichts etwas wissen.

„Aber wenn man in Not ist...“, sagt der Vorsitzende kopfschüttelnd, „kann man vielleicht Lebensmittel stehlen, aber doch keine Damenröcke...“ Der Angeklagte streift seine blaße, zierliche Freundin mit einem Blick. „Ich bin kein gewerbmäßiger Warenhändler, Herr Vorsitzender...“ sagt K. in seinem Schluchzwort, „es war die Not, Sie können es mir glauben!“ Die Tänzerin hat nichts mehr zu sagen, starr, abwesend, teilnahmslos sitzt sie jetzt da. Der junge Staatsanwaltschaftsreferendar sagt dem Angeklagten überflüssigweise, er solle sich als Ausländer nach Oesterreich schieben, wir in Deutschland hätten jetzt gerade Ungemach genug. Der Vertreter der Anklage sollte es sich doch verkneifen, künstlich „Ausländer“ zu züchten. Wien ist für uns immer noch Deutschland.

Das Urteil: 4 Monate Gefängnis für den vorbestraften Komparsen, zwei Wochen Gefängnis für seine Begleiterin. Der Unterschied zwischen den beiden Urteilen ist etwas auffällig; sie läßt sich kaum mit der Vorstrafe begründen, da immerhin zu vermuten ist, daß die Tänzerin an dem ersten Diebstahl auch nicht ganz unbeteiligt war. Die Angeklagten, die in Haft bleiben, nehmen das Urteil an. Leise miteinander redend verschwinden sie hinter der Tür, die zum Untersuchungsgefängnis führt.

Was aber wird sein, wenn er im Dezember wieder herauskommt? Und was wird in zwei Wochen aus der obdachlosen Tänzerin?

Erntefest der Kleingärtner.

Im Roabiter Schützenhaus, Blöhensee, veranstaltete der Kleingärtnerbezirksverband Wedding e. V. seine diesjährige Gartenbau-Ausstellung; ein buntes, farbenfrohes, appetitanregendes Bild bietet sich dem Beschauer dar. Alles, was den hochsommerlichen Garten zieht, ist hier in prächtigstem Wachstum vertreten; ein riesenhafter Blütenstrauch der allerschönsten Dahlien, Gladiolen, goldschimmernder Phlox in den verschiedenartigsten Farben; da ist das zarte gelbrote Schwarzwaldmädel neben der rosafarbenen Armbild, der tiefgelbe Sonnenglanz, das Schützenliefel, der Weißfrießen und die schneeweiße Desdemona neben vielen anderen Blumenstücken vertreten. In der nachhaltigen Abteilung sieht man Köhlköpfe von rötlichen Ausmaßen, goldgelbe Pfeilfenchelstängel, daneben der grün-weiß gestreifte marokkanische Schlangenkürbis. Blüht sieht man eine gelbe Großbirne, ungewohnt in diesem Kreise. „Sie glauben wohl, daß das 'ne Birne ist,“ sagte der Aussteller, „das ist aber gar keine Birne, sondern ein französischer Zierkürbis.“ Kohl und Salat, Zwiebel und Kartoffel, Laubdel und Estragon, alles, alles ist vertreten. Und einer hat sogar mit allerhand Mühe und Geschick aus einem Kern einen Feigenbaum gezogen, der zweimal jährlich Früchte trägt. Der Wettergott hat es diesmal nicht allzu gut gemeint; der langanhaltende Winterfrost hat das Pflanzen und Säen arg verzögert, dann kam die plötzliche und wiederum zu langanhaltende Trockenheit und dann das Uebermaß von Regen, ein prächtiger Nährboden für Raupenzug und andere Schädlinge, die sich denn auch am

Kohl und an allen anderen Pflanzen gütlich taten. Was das Ungeziefer nicht verzehrte, ist aber prächtig geraten, Birnen, Pflaumen und das gutgeratene Einmachegobst erweckten Lob und Bewunderung. 26 Vereine haben hier die Früchte ihrer liebe- und mühevollen Arbeit zur Schau gestellt und die vom Magistrat und den Verbänden gestifteten Ehrenpreise in Form von Medaillen und Plaketten fielen auf die Dauerkolonie Rehberge, die Kolonie Zieherberg, „Am Broppen“, „Weiße Mauer“, „Schillerhöhe“ und „St. Georg“; daneben gab es noch viele Preise, die Verbände, Freunde und Firmen zur Verfügung stellten, zumeist in Form praktischer Gegenstände für den Garten. Mit Musik und den lustigen Vorführungen der Kolonijugend feierte man das Erntefest.

Hausfrauen! Vorsicht!

Falscher Gastkontrolleur geht von Haus zu Haus.

Ein falscher Gastkontrolleur treibt wieder einmal in Berlin sein Unwesen. Er erscheint in den Vormittagsstunden, wenn die Frauen allein zu Hause sind, erklärt, er müsse den Gasmesser auf fehlerhafte Stellen nachsehen und schraubt eine Welle daran herum. Für seine „Bemühungen“ läßt er sich 5 bis 20 Mark zahlen und die Reparatur in einem großen Buch bescheinigen. In Wirklichkeit bessert er natürlich nichts aus und ist auch vom Gaswert nicht beauftragt.

Der Schwindler ist 45 bis 50 Jahre alt, etwa 1,78 Meter groß und trägt einen gestreiften Anzug. Er hat einen dunklen gestupften Schnurrbart.

Eine weltfremde Kunstschule.

Man schreibt uns aus Leserkreisen:

Seit langen Jahren ist die Kunstgewerbeschule, Berlin-Ost, der Ort und Hort der bildungshungrigen Photo-Amateure gewesen, in dem ihnen unter bewährter Leitung die besonderen Kenntnisse und Eigenheiten und die Spezial-Vichtwirkungseigenschaften in der Photographie vermittelt wurden. Pflüchtlich wird nun von der Direktion ein neuer Kurs eingeschlagen, d. h. die Amateure, von denen nachweislich die best-graduiertesten Arbeiten und Leistungen erreicht wurden, sollen vom neuen Semester, d. h. ab Oktober dieses Jahres, nicht mehr zum Besuch der Kunstgewerbeschule zugelassen werden. Somit würde den Amateuren eines ihrer besten, sachwissenschaftlichen Institute verschlossen und lahmgelegt. Es sollen, so betont die Direktion der „B. O.“, ab Oktober nur noch Fachphotographen, die mindestens zwei Jahre Praxis hinter sich haben, zum (Besuche) Kursus zugelassen werden. Es wäre wünschenswert und im eigenen Interesse der Amateure, sich gegen eine derartige einschneidende Neuordnung energisch zur Wehr zu setzen und in gemeinsamem Zusammenschluß die Möglichkeit der Abwehr einer so unzeitgemäßen Neuordnung in Betracht zu ziehen.

Eine neue Einnahmequelle.

Seltam war die Prozeßion, die in einer der letzten Nächte von einer Schupstrecke angehalten wurde. Die Beamten sahen in Neufölln drei junge Burshen, die einen Handwagen mit großen Glasbildern vor sich herschoben. Als die Beamten herzukamen, konnte der eine Burshen flüchten, die beiden anderen mühten mit zur Wache. Hier wurde festgestellt, daß es sich bei den Schildern um große Firmenschilder handelte, die von eingegangenen Betrieben oder Geschäften, die ihren Wohnsitz gewechselt haben, zurückgelassen worden waren. Bei Spaziergängen durch die Straßen hatten die jungen Leute diese herrenlose Schilder gesehen und in ihnen eine neue Einnahmequelle erkannt. Zur Nachtzeit fuhren die drei mit ihrem Handwagen und einer Leiter an die Geschäfte heran und „montierten“ ab. Die erbeuteten Schilder verkauften sie an Glasermeister, denen sie vorshowndelten, sie seien Angestellte der Firma.

Lichtbildervorträge über Pilze im Botanischen Museum der Universität, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6/8. Professor Dr. C. Ulbrich: Die heimischen Pilze mit besonderer Berücksichtigung der Speisepilze und der Schädlinge unserer Nutzpflanzen. Montag, 18.—20 Uhr: Im großen Hörsaal des Botanischen Museums am 31. August, 7. 14. und 21. September 1931. Mit Ausflügen am Donnerstag, dem 3. und 10. September, und Sonntag, dem 13. und 20. September; Näheres wird in den Vorträgen bekanntgegeben. Hörgebühr für die ganze Reihe 4.— Mark; für einzelne Vorträge und Ausflüge je 1.— Mark. Besondere Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Anmeldung mündlich oder schriftlich unter Einzahlung der Hörgebühr und des Portos für Zusendung der Hörerkarte (Postfachkonto Berlin 144 11). Fernsprecher G. 6 Breitenbach 0158.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

27. Abt. Beachtung! Die Funktionärsversammlung findet nicht am Donnerstag, sondern am Freitag bei Nacht statt.

Morgen, Freitag, den 28. August:

1. Kreis. Die Karten zum Sommerfest müssen bis Freitag, 28. August, beim Großen Volkstein, Prinzenstr. 45 (oben), oder Reichsstr. 16, abgerollt werden. Nicht abgerollte Karten gelten als verkauft.
2. Kreis. Kreisverbandung bei Hennig, Tempelhofer Markt, Ecke Rautenbühl-Str.
3. Kreis. 20 Uhr bei Pflanz, Pringelstr. 77, Sitzung des Vorstandes mit den Funktionären. Der Vorstand trifft sich um 19 1/2 Uhr dort.
4. Kreis. 14 Uhr. Zusammenkunft der jüngsten Parteigenossen 20 Uhr im Jugendheim Bernsdorf, Foonstraße.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Erzgebirge, Gruppe August Bebel, Jungfernst. Wir treffen uns zu unserer Arbeit am Sonntag, 29. August, um 19 1/2 Uhr, Bahnhof Pankstraße, 1 W. Fahrtrieb. Essen für zwei Tage und Trinkbedürfnisse mitbringen. Baden und Schlafen nicht, wir haben Pflanzquartier.

Kreis Schöneberg: Gefährdung Donnerstag, 19 1/2 Uhr, Jugendheim (Sommerheim), Schöneberg. — Rodunterstützung Rest- und Rote Follen Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Mühlent. — Ecke Hauptstraße, Jungfernst. Freitag, 8 1/2 Uhr, ebenda.

Gruppe Lichterfelde: Freitag Lichterfelde. — Kreis Weiden: Heute Befreiung der Frau Schula, Behrensdorfer, am Sonntag, 29. August, um 19 1/2 Uhr. — Gruppe Schöneberg: Freitag, 19 1/2 Uhr, im großen Hörsaal des Botanischen Museums, am 31. August, 7. 14. und 21. September 1931. Mit Ausflügen am Donnerstag, dem 3. und 10. September, und Sonntag, dem 13. und 20. September; Näheres wird in den Vorträgen bekanntgegeben. Hörgebühr für die ganze Reihe 4.— Mark; für einzelne Vorträge und Ausflüge je 1.— Mark. Besondere Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Anmeldung mündlich oder schriftlich unter Einzahlung der Hörgebühr und des Portos für Zusendung der Hörerkarte (Postfachkonto Berlin 144 11). Fernsprecher G. 6 Breitenbach 0158.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

27. Abt. Am Sonntag, 28. August, starb unser Genosse Ernst Dörflinger, 50 Jahre alt, in 48. Lebensjahr. Er hinterließ eine Frau und eine Tochter. Die Beerdigung findet am Freitag, 29. August, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt. Um rege Beteiligung bitten die Abteilungsleiter.

28. Abt. Unsere liebe Genossin Marquardt ist verstorben. Ihre letzten Stunden verlebte sie am Sonntag, 28. August, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

29. Abt. Abt. Abt. Einbürgerung unseres verstorbenen Genossen F. A. A. heute, Donnerstag, bereits um 12 1/2 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bezirksrat Neukölln: Donnerstag, 27. August, 19 1/2 Uhr, Sitzung des Bezirksamtes im Parteibüro, Auf der Höhe.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin. Geschäftsstelle: R. 24, Gr. Hamburger Str. 26. Tel.: D 1 Rother 244. Sitzung, Jugendabteilung: Befreiung des „Sturmvogel“ Sonntag, 29. August, 10 Uhr. Treffpunkt 9 1/2 Uhr. Abfahrt des Hauptbahns Tempelhofer, letzter Eingang auf der Hauptbahn-Seite.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Karben, Sonntag, 27. August, 19 1/2 Uhr, große öffentliche Kundgebung in der Kasino-Gebäude, Pappelallee 15. Referent: Genosse Fritz Schulz. Thema: „Auswirkung der Notverordnung auf dem Gebiete der Versorgung und Fürsorge“.

auf die Reichsfinanzen, ohne Rücksicht auf die Kraftverkehrswirtschaft, die den Spiritus zu weit überhöhten Preisen abzunehmen gezwungen wird, sollen

wieder 2200 fast ausschließlich ostelbischen Großbetrieben Millionengutsche gebracht werden.

Nun ist in den letzten Jahren die Monopolverwaltung durch Abschaffung und Ueberproduktion in arge Bedrängnis geraten. Ihre Vorräte sind höher als der gesamte Absatz des letzten Betriebsjahres. Um nun die Monopolverwaltung zu entlasten, soll der Spiritusabnahmezwang durch die Kraftstoffwirtschaft noch bedeutend erhöht werden.

Aber schon der 3/4prozentige Spritzzwang belastete die Kraftverkehrswirtschaft um mehr als 40 Millionen Mark, und diese Belastung wirkt sich nach Erhöhung der Mineralölzölle und der damit verbundenen Steigerung der Benzinpreise besonders stark aus. Eine Erhöhung des Spritzzwanges dürfte für jeden, der auch nur einigermaßen Verantwortung sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Reichsfinanzen hat, undisputabel sein.

Eine vernünftige Lösung der Schwierigkeiten, in denen sich die Monopolverwaltung befindet, wird wohl nicht durchzuführen sein, da die Reichsregierung sich jegliche Schonung aller Vermögenswerte zum Ziele gesetzt hat. Sie bestände in einer Räumung der Läger zu Preisen, die den Benzinpreisen entsprechen. Die Differenz zwischen den Einstands- und den erzielbaren Verkaufspreisen müßte dann in Gestalt einer verzinslichen Rente auf die Ruheliefer der Braunkohlepolitik, also die großhagrarischen Kartoffelbrennereien, umgelegt werden. Freilich würde das den Agrariern, obwohl es vernünftig ist, gar nicht passen. Zum mindesten muß der volkswirtschaftliche Wahnsinn, das Brennrecht wie im Vorjahr auf 80 Proz. festzusetzen, verhindert werden. Außerdem muß durch eine Staffelung der Uebernahmepreise die Produktion der Brennereigüter, die nicht unbedingt auf eine Verwendung ihrer Kartoffelernte durch die Brennerei angewiesen sind, gedrosselt werden. Wir fordern daher von der Reichsregierung, daß sie sich den Vätern des Herrn Schiele nicht anschließt und die in den letzten Jahren doppelt unangebrachte Subventionspolitik, sowohl für die kartoffelbauenden Großagrarien wie auch für die anderen Zweige der Landwirtschaft preisgibt. Die Unhaltbarkeit einer Politik, die auf der einen Seite das Einkommen der breiten Massen beschneidet und damit den Konsum droffelt, auf der anderen Seite der Landwirtschaft Subventionen über Subventionen in den Schoß wirft, sollte endlich auch von der Reichsregierung eingesehen werden.

Girozentrale Hannover bei Nordwolle.

Schwere Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister.

Hannover, 26. August. (Eigenbericht.)

Der „Volkswille“ berichtet, daß auch die Girozentrale Hannover mit fast einer Million Mark an der Pleite der Nordwolle beteiligt ist.

Im Zusammenhang damit erhebt das sozialdemokratische Organ schwere Vorwürfe gegen den reaktionären Oberbürgermeister von Hannover Dr. Menge. Dieser frage als Vorsitzender des Vorstandes der Girozentrale die Verantwortung für den Verlust. Er habe, nachdem die beiden Direktoren der Girozentrale vor einigen Jahren hinausgeworfen worden seien, jahrelang verhindert, daß wieder ein verantwortlicher leitender Direktor eingestellt wurde und leite das Institut zur Zeit „nebenamtlich“.

Ueberfall auf Zentrumschriftleiter.

Mit dem Rufe „Heil Moskau“.

Duisburg, 26. August.

Am Dienstagabend wurde der Schriftleiter der Duisburger Zentrumszeitung „Echo vom Riebergstein“, Kreyenberg, auf der Straße von drei unbekanntem Männern überfallen, die mit dem Rufe „Heil Moskau“ auf ihn einschlugen.

Als er in der Abwehr seinen Arm erhob, erhielt er mit einem harten Gegenstand anscheinend einem Schlagring, einen heftigen Schlag gegen die Hand, der einen Muskelfraktur und eine stark blutende Verletzung verursachte. Die Wunde mußte im Krankenhaus vernäht werden. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern blieben bisher ohne Erfolg.

Bestimmungen zur Pressenotverordnung

Ein Erlaß des preussischen Innenministers.

Der preussische Minister des Innern hat in einem Erlaß Durchführungsvorschriften der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aenderung der Zweiten Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 getroffen. Da das Verlangen auf Aufnahme einer Rundgebung oder Entgegung in einer periodischen Druckschrift nur noch von einer obersten Reichs- oder Landesbehörde gestellt werden kann, entfällt der gesetzliche Vorbehalt für die Uebertragung dieser Befugnis auf die nachgeordneten Behörden. Der entsprechende Abschnitt der preussischen Ausführungsverordnung vom 18. Juli 1931 wird daher außer Kraft gesetzt. Soweit in Zukunft Rundgebungen oder Entgegungen für notwendig erachtet werden, sind entsprechende Anregungen der nachgeordneten Behörden sofort, gegebenenfalls telegraphisch oder fernmündlich an den preussischen Innenminister zu richten.

Weiter macht der Minister in dem Erlaß darauf aufmerksam, daß bei allen Zeitungsverböten eine etwa eingelegte Beschwerde spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung bei derjenigen Stelle eingegangen sein muß, die die Beschwerde dem Reichsgericht vorzulegen hat. Ist die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach der Einlegung diesen Stellen zugeleitet, so muß das Verbot, auch wenn es gerechtfertigt wäre, ohne sachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden.

Vor dem Erlaß jedes Verbotes einer periodischen Druckschrift, das auf Grund der Verordnungen vom 28. 3. und 17. 7./10. 8. 1931 (nicht des Republikshauptgesetzes) ergeht, ist zu prüfen, ob der erstrebte Zweck nicht schon durch eine Verwarnung und eine amtliche Entgegung erreicht werden kann. In leichteren Fällen, bei denen der angerichtete Schaden gering ist, und anzunehmen ist, daß lediglich fahrlässiges Handeln vorliegt, ist statt eines Verbotes zunächst eine Verwarnung auszusprechen, sofern der Verlag sich sofort bereit erklärt, durch unverzügliche Berichtigung einer den verletzten oder gefährdeten Interessen Rechnung tragenden Erklärung den Schaden wieder gutzumachen.

Erläuternd bemerkt der preussische Minister des Innern dazu, daß sich lediglich auf die Zukunft beziehende allgemeine Versicherungen, die gesetzlichen Bestimmungen künftig zu beachten, als Voraussetzung für die Abstandnahme von einem Verbot allein nicht genügen können; es muß vielmehr, soweit überhaupt die Voraussetzungen für die Verwarnung vorliegen, stets auf diejenigen Ausführungen, die Anlaß zur Beanstandung gegeben haben, selbst eingegangen werden.

Pastorenwirtschaft.



„Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen —“
„Nein, nein, Herr Pastor! Genommen haben Sie's!“

Gegenprogramm der Arbeiterpartei

Entscheidung über Ausschlüsse auf dem Gewerkschaftskongress

London, 26. August. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ greift die Regierung, die in der konservativen und liberalen Presse fast durchweg mit großer Zustimmung aufgenommen worden ist, scharf an. Die Opposition meinte, daß es auch andere Wege zur Rettung des Pfundes gegeben hätte, als die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung in dem geplanten Ausmaß. Die Opposition werde im Parlament wahrscheinlich einen eigenen Plan zur Balancierung des Budgets einbringen.

Ein U. Bericht meldet noch:
Vor der gemeinsamen Sitzung des Generalrates der Gewerkschaften mit dem Volksgutsausschuß der Arbeiterpartei und dem ständigen beratenden Ausschuß ihrer Unterhausfraktion, die am Mittwoch nachmittag über vier Stunden lang tagte, wurde eine offizielle Erklärung abgegeben, die besagt, die drei Organisationen seien einstimmig der Ansicht, daß die Nationalregierung sowohl im Parlament wie durch die Arbeiterbewegung im ganzen Lande auf das entschiedenste zu bekämpfen sei. Die Organisationen drückten denjenigen arbeitertreuen Ministern, die sich geweigert hätten, ihre Unterstützung der neuen Regierung zu geben, ihre volle Zustimmung aus und empfahlen der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei sich als offizielle parlamentarische Opposition zu konstituieren.

Auf der Versammlung waren sechs Minister des alten Kabinetts einschließlich Henderson, Greenwood, Alexander und Clynes anwesend, während Macdonald, Snowden und Thomas ferngeblieben waren. Es heißt, daß die Entscheidung über einen Ausschluß dieser Minister aus der Arbeiterpartei auf dem Gewerkschaftskongress am 7. September in Bristol fallen werde.

Die genannten Organisationen werden sich jedem Angriff auf eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung auf des entschiedenste widersetzen. Man rechnet damit, daß auf der Vollversammlung der parlamentarischen Arbeiterpartei am Freitag die Führer für den bevorstehenden Oppositionsfeldzug ernannt werden.

Lord Crewe Kriegsminister.

London, 26. August.

Der ehemalige Botschafter in Paris, Lord Crewe, der der Liberalen Partei angehört, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Der vorige Kriegsminister Thom Shaw hatte abgelehnt, sein Amt unter der neuen Regierung beizubehalten. Es war auch mit der Ernennung Sir Austen Chamberlains, des Ersten Lords der Admiralität, oder Lord Hailshams, des Lordkanzlers der konservativen Regierung, geredet worden.

Von den Unterstaatssekretären der Arbeiterregierung haben sich, wie „Evening News“ wissen will, vier zur Tätigkeit unter der neuen Regierung entschlossen; es werde angenommen, daß Godfrey Locker Lampson, der Unterstaatssekretär des Foreign Office in der letzten konservativen Regierung, jetzt denselben Posten unter Lord Reading übernehmen werde.

Snowden umreißt das Regierungsprogramm.

London, 26. August.

Schatzkanzler Snowden sagte dem Vertreter eines englischen Watters, die jetzige Krise sei entstanden durch das Schwinden des internationalen Vertrauens in die finanzielle Stabilität Großbritanniens. England habe große Hilfsquellen. Alles, was benötigt werde zur Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens, sei der Nachweis, daß England seine Staatsfinanzen auf gesunde Grundlage stelle. Das schliesse nicht nur Einschränkung auf der Ausgabe Seite ein, sondern auch neue Steuern. Er habe zahlreiche Beweise dafür, daß es der Wille der ganzen Nation sei, die notwendigen Opfer zu bringen. Großbritannien habe früher erfolgreich schwierigere Krisen durchgemacht als selbst die derzeitige. Die neue Regierung werde sich wieder aufrufen, sobald ihre Aufgabe erfüllt sei. Es sei nicht eine Nationalregierung im Sinne des Wortes, sondern die Regierung sei gebildet worden, um sich dieser besonderen Aufgabe zu entledigen. Er denke nicht daran, mit den anderen Parteien eine Koalition für eine Dauerregierung einzugehen. Bei den politischen Parteien gebe es allgemeine Grundzüge und politische Richtlinien, die eine dauernde Verbindung unmöglich machen würden. Die Zusammensetzung der neuen Regierung werde der Welt zeigen, daß

es der nationale Wille sei, das zu erzielen, was Großbritannien sowohl in finanzieller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus erreichen könne.

Auslandsanleihe.

Paris, 26. August. (Eigenbericht.)

Die „Liberté“ will wissen, daß die britische Regierung im Begriffe sei, über eine Auslandsanleihe von zwei Milliarden Mark zu verhandeln. Die eine Hälfte soll in Paris, die andere in New York zur Zeichnung aufgelegt werden.

Brüninges Glückwunsch an Macdonald.

Reichskanzler Brüning hat Ministerpräsident Macdonald folgendes Telegramm gesandt: Nehmen Sie bitte meine besten Wünsche für einen vollen Erfolg der großen und äußerst wichtigen Aufgabe entgegen, der Sie sich im Interesse Ihres großen Landes unterziehen.

Dr. Brüning.
Macdonald antwortete: Ich erkenne die freundliche Uebermittlung Ihrer guten Wünsche sehr hoch an und bitte Sie, meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen.
Ramsay Macdonald.

Rußlands Antwort an Polen.

Unverhüllte Ablehnung.

Moskau, 26. August.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten von der Ueberreichung eines polnischen Vorschlags am 23. August in Moskau auf Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wird amtlich mitgeteilt, daß die übermittelten Vorschläge denen aus dem Jahre 1926 entsprechen, die seinerzeit von der Sowjetunion abgelehnt worden sind. Die neuen polnischen Vorschläge, die am 23. August von dem polnischen Gesandten Patel übermittelt wurden, enthalten nicht nur die alten Vorschläge, die für die Sowjetregierung unannehmbar waren, sondern darüber hinaus einen neuen Vorschlag, den man nicht als Fortschritt betrachten kann. Aus diesem Grunde kann vorläufig vor dem Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes keine Rede sein. Der polnische Vorschlag bedeutet eher einen Rückschritt. Ueberdies ist der polnische Gesandte unmittelbar nach der Ueberreichung des Vorschlags, ohne daß darüber verhandelt worden ist, in Urlaub gegangen.

Der Prozeß Moulin.

de Brouckère als Berichterstatter angemeldet.

Brüssel, 26. August. (Eigenbericht.)

Der Prozeß des belgischen Gymnasialprofessors Moulin, der vor Monaten wegen angeblicher antisowjetischer Umtriebe in Italien verhaftet wurde, beginnt am Montag vor dem Sondergericht in Rom.

Diese Verhaftung hat seinerzeit in Belgien und anderen Ländern starke Protestbewegung hervorgerufen. Gefordert wurde vor allem öffentliche Gerichtsverhandlung, wie sie in zivilisierten Ländern üblich ist. Am Mittwoch teilte das belgische Außenministerium den großen Brüsseler Tageszeitungen einschließlich dem sozialistischen „Peuple“ mit, daß belgische Pressevertreter zu dem Prozeß zugelassen seien. Die Namen der Vertreter der Zeitungen müßten der italienischen Regierung aber innerhalb einer Stunde nach Rom telegraphiert werden. Dieser Sabotageversuch ist mißlungen: der „Peuple“ hat sofort seinen Redakteur, Senator Louis de Brouckère als seinen Vertreter namhaft gemacht.

Hamaguchi, der ehemalige Ministerpräsident Japans, ist den Verletzungen erlegen, die ihm ein Attentäter im November v. J. zugefügt hat.

Druckerei Prolet in Kanton. Nach russischer Meldung aus Schanghai übermittelte der deutsche Konsul in Kanton der Regierung einen Protest gegen den Boykott deutscher Waren und verlangte Aufhebung des Boykotts.

